

er Engagement braucht und verdient Unterstützung. Wir benötigen Unterstützung, um uns und andere
lfen zu können. Unser Engagement ist freiwillig und von unserem Interesse und dem der anderen Bewo
r/innen bestimmt. Stärkt unsere Unterstützer/innen und schafft Planungssicherheit. Nehmt uns und uns
Interessen als Bewohner/innen wahr. Wir brauchen einen verantwortungsvollen Umgang mit Wohnung

AKZENT

AKZENT

Akzente setzen - Zukunft entwickeln



AKZEN TE SETZEN|ZUKUN FT ENTWICKELN

Bewohnerengagement erkunden und unterstützen

anderen Bewohner/innen bestimmt. Stärkt unsere Unterstützer/innen und schafft Planungssicherheit. Ne
s und unsere Interessen als Bewohner/innen wahr. Wir brauchen einen verantwortungsvollen Umgang
ohnungsbeständen. Unser Engagement braucht und verdient Unterstützung. Wir benötigen Unterstütz
m uns und anderen helfen zu können. Unser Engagement ist freiwillig und von unserem Interesse und dem
anderen Bewohner/innen bestimmt. Stärkt unsere Unterstützer/innen und schafft Planungssicherheit. Ne
s und unsere Interessen als Bewohner/innen wahr. Wir brauchen einen verantwortungsvollen Umgang
ohnungsbeständen. Unser Engagement braucht und verdient Unterstützung. Wir benötigen Unterstütz
m uns und anderen helfen zu können. Unser Engagement ist freiwillig und von serem Interesse und dem
anderen Bewohner/innen bestimmt. Stärkt unsere Unterstützer/innen und schafft Planungssicherheit. Ne
s und unsere Interessen als Bewohner/innen wahr. Wir brauchen einen verantwortungsvollen Umgang
ohnungsbeständen. Unser Engagement braucht und verdient Unterstützung. Wir benötigen Unterstütz
m uns und anderen helfen zu können. Unser Engagemer
anderen Bewohner/innen bestimmt. Stärkt unsere Unte
s und unsere Interessen als Bewohner/innen wahr. W
ohnungsbeständen. Unser Engagement braucht und verdient Unterstützung. Wir benötigen Unterstütz
m uns und anderen helfen zu können. Unser Engagement ist freiwillig und von unserem Interesse und dem

Projektbericht

Impressum:

Göttingen/ Hannover 2011

Herausgeber,
Projektumsetzung und Berichterstellung:

Sandra Kotlenga, Doreen Müller
(Zoom e.V. – Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V., Göttingen),

Carmen Scholz, Heribert Simon, Daniel Wölfle
(Landesarbeitsgemeinschaft soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V., Hannover)

Umschlaggestaltung: Robert Hänsch
Layout und Satz: Heribert Simon

„AKZENT“ ist ein Pilotprojekt im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik und wird gefördert vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Mit den geförderten Pilotprojekten sollen innovative und beispielhafte Handlungs- und Lösungsansätze für die Stadt der Zukunft unterstützt und bekannt gemacht werden.

„AKZENT“ wurde unter Leitung der LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V. zusammen mit dem sozialwissenschaftlichen Institut Zoom – Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V. umgesetzt.

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG AKZENT-PROJEKTBERICHT	2
AKZENT - PROJEKTBERICHT	5
1. PROJEKTBESCHREIBUNG	5
1.1 Ausgangslage.....	5
1.2 Projektziele, -inhalte und -aufgaben.....	6
1.3 Projektpartner und weitere Akteure	7
1.4 Arbeitsschritte.....	7
1.4.1 Bewerbung von Bewohnergruppen.....	7
1.4.2 Bestandsaufnahme – Erfassung der Unterstützungsbedarfe.....	8
1.4.3 Entwicklung und Umsetzung erster Qualifizierungsangebote während der Projektlaufzeit	12
1.4.4 Erarbeitung von Unterstützungsansätzen für engagierte Bewohner/innen	13
1.4.5 Vernachlässigte Wohnungsbestände in benachteiligten Stadtteilen: Ansatzpunkte zur Unterstützung von Bewohner/innen.....	14
1.4.6 Abschlussworkshop – Ergebnispräsentation und gemeinsamer Appell.....	16
1.5. Schwierigkeiten und Veränderungen in der Projektumsetzung.....	16
1.6. Zielerreichung und Projekteffekte.....	17
2. ERGEBNISSE FÜR STADTENTWICKLUNGSPOLITIK UND BEWOHNERENGAGEMENT...	19
2.1 Zentrale Erkenntnisse der Bestandsaufnahme.....	19
2.2 Vorschlag für ein Unterstützungskonzept für Bewohnerinitiativen	24
2.3 Beitrag zur Stadtentwicklungs- und Engagementpolitik und Übertragbarkeit.....	25
Anhang	27

ZUSAMMENFASSUNG

AKZENT-PROJEKTBERICHT

Das Projekt AKZENT wurde als Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) gefördert. Mit den Pilotprojekten sollen innovative und beispielhafte Handlungs- und Lösungsansätze für die Stadt der Zukunft unterstützt und bekannt gemacht werden.

AKZENT wurde unter der Leitung der LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V. zusammen mit dem sozialwissenschaftlichen Institut Zoom – Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V. umgesetzt.

Ziele und Aufgaben des Projekts: Bewohnerengagement erkunden und unterstützen

In vielen Städten engagieren sich Bürger/innen für die Belange ihres Stadtteils. Auch in so genannten benachteiligten Stadtteilen sind sie aktiv und setzen sich für eine Verbesserung des Zusammenlebens und des Wohnumfeldes ein. Das Spektrum reicht hier von informellen Bürgergruppen und -initiativen über Wohnervereine und Stadteiforen bis hin zu Nachbarschaftsläden, die ein vielfältiges Freizeit-, Bildungs- und Unterstützungsangebot organisieren. Viele dieser Gruppen sind im Rahmen des Programms Soziale Stadt entstanden.

Es gibt bislang jedoch keine systematisch gesammelten Informationen darüber, vor welchen Anforderungen und Schwierigkeiten solch engagierte Stadtteilbewohner/innen konkret stehen, welche Unterstützung sie für ihre Arbeit benötigen und wo die Grenzen ehrenamtlichen Engagements in benachteiligten Stadtteilen liegen. Ziel des Projekts „AKZENT“ war es, diese Aspekte genauer in den Blick zu nehmen und Konzepte zur Unterstützung engagierter Bewohner/innen (weiter)zuentwickeln.

Durchführung: Situationsanalyse, Entwicklung von Instrumenten

In der **ersten Projektphase** wurde eine **Bestandsaufnahme** der Situation von insgesamt elf Bewohnerinitiativen in sozial benachteiligten Stadtteilen in Niedersachsen durchgeführt. Dabei ging es um Ziele, Aktivitäten, die Rolle im Stadtteil und die Ressourcenlage der Bewohnergruppen. Jede Gruppe nahm an zwei Gruppendiskussionen teil (1: Situationsanalyse, 2: Feedback/ Ideenentwicklung). Die

Mitglieder gaben mithilfe von Fragebögen zusätzlich Auskunft über ihre Motivation und ihre Sicht auf die Gruppe. Darüber hinaus wurden externe Stadtteil-Akteure (z.B. andere Vereine, Verwaltung, Schulen, Kirchen) per Fragebogen zu ihrer „Außensicht“ auf die jeweilige Initiative befragt.

In der **zweiten Projektphase** wurden auf der Grundlage der Bestandsaufnahme **Unterstützungsansätze** für Bewohnerinitiativen erarbeitet und entsprechende Konzepte entwickelt bzw. angepasst. Die **Verschlechterung der Wohnungssituation durch kapitalmarktorientierte Eigentümerstrukturen** hat sich im Verlaufe des Projekts als ein zentraler **Themenschwerpunkt** herauskristallisiert. Nach intensiver Recherche zu diesem Problem konnten u.a. in einem vom Projektteam organisierten überregionalen Expertenworkshop Ansätze für eine Unterstützung von Bewohner/innen bei der Wahrnehmung ihrer Mieterrechte herausgearbeitet werden.

Auf der **Abschlussveranstaltung** verabschiedeten die Bewohner/innen vor dem Hintergrund der Projektergebnisse einen **gemeinsamen Appell an Politik, Verwaltung und Wohnungswirtschaft**. Der Appell ermöglicht den Bewohnerinitiativen die Öffentlichkeit und die politischen Akteure vor Ort auf ihre Situation aufmerksam zu machen und einzufordern, dass Politik und Verwaltung Verantwortung für die dauerhafte Förderung ihres Stadtteilengagements übernehmen. Er trägt der Tatsache Rechnung, dass viele Schwierigkeiten in benachteiligten Stadtteilen nicht allein vor Ort und von engagierten Bewohner/innen gelöst werden können.

Zentrale Ergebnisse:

Bewohnerengagement leidet unter einem Mangel an Mitstreiter/innen und an hohen Ansprüchen

Alle Initiativen beklagen einen Mangel an verbindlichen Mitstreiter/innen, um die vorhandenen Angebote weiterzuentwickeln bzw. das einmal erreichte Angebotsniveau zu halten. In einzelnen Gruppen wurde die Überforderung der Gruppenmitglieder thematisiert. Der Vorschlag, die Aktivitäten zu reduzieren und damit den vorhandenen Ressourcen anzupassen, wurde jedoch meist zurückgewiesen.

Fast alle Gruppen wünschten sich zudem eine vielfältigere Zusammensetzung, welche die Bevölkerungsstruktur reprä-

sentiert. Einzelne Gruppen haben kaum Mitglieder aus dem entsprechenden Stadtteil, die meisten wünschen sich eine stärkere Beteiligung Jüngerer, viele wollen mehr Bewohner/innen mit Migrationshintergrund gewinnen oder ein breiteres Herkunftsspektrum von Menschen mit Migrationshintergrund abbilden.

Gleichzeitig haben die Gruppen hohe Ansprüche an ihre eigene Arbeit. Bspw. wollen viele mit ihrem Angebot möglichst alle Bevölkerungsgruppen im Stadtteil erreichen. Interessant ist, dass der Erfolg der Gruppen hinsichtlich des Erreichens verschiedener Zielgruppen von den befragten Externen sehr viel höher eingeschätzt wird als von den Gruppen selber.

Ein Widerspruch besteht darin, dass viele Gruppen kaum Zeit und personelle Kapazitäten haben, sich neben der Aufrechterhaltung des Angebotes gründlich über Schwierigkeiten auszutauschen und Ideen zu entwickeln, wie man diese lösen könnte, z.B. neue Mitstreiter/innen zur Erweiterung der personellen Kapazitäten zu gewinnen.

Die formulierten Anforderungen und Erwartungen an neue Mitstreiter/innen sind teilweise anspruchsvoll und erschweren es, Mitstreiter/innen aus der Bewohnerschaft zu gewinnen. Die Diskussion um eine Vergrößerung der Gruppen und eine vielfältigere Gruppenzusammensetzung zeigt daher ein weiteres Grundproblem: Bewohnerinitiativen, die bspw. im Rahmen der Sozialen Stadt entstanden sind, repräsentieren trotz ihrer Formenvielfalt oft gesellschaftlich vorherrschende Vorstellungen von Engagement, die bestimmte Gruppen tendenziell ausschließen. Formalisierte Gremienstrukturen, Verwaltungsarbeiten in Vereinen oder die Durchführung pädagogischer Angebote für Kinder knüpfen an Erfahrungen an, die nicht zwangsläufig Teil der Lebenswelt der Bewohner/innen sind. Die Vorstellung von Beteiligung, ihrer Formen und Themen, muss daher deutlich weiter gefasst werden als es bisher in vielen Programmen und Projekten der Fall ist.

Wohnungsbesitzverhältnisse in den Stadtteilen unterlaufen stadtteilbezogenes Engagement

In vielen der von uns besuchten Stadtteile sind große Teile kommunaler (und anderer) Wohnungsbestände in die Hände von Kapitalanlagegesellschaften privatisiert worden. Hierdurch hat sich die Wohnsituation in den Stadtteilen massiv verschlechtert. Gleichzeitig hat dies gravierende

Auswirkungen auf das Engagement der Bewohner/innen: Bemühungen um Bewohnerbeteiligung, Stadtteilverschönerung und Stadtteilbindung werden weitestgehend untergraben. Aktivitäten zur Förderung des freiwilligen Engagements von Bewohner/innen benachteiligter Stadtteile müssen sich auch dieser Herausforderung annehmen und Handlungsoptionen zur Wahrnehmung von Rechten im Bereich Wohnen ausloten und verbreiten helfen. Dabei ist insbesondere auch die Rolle und die Verantwortung der vor Ort eingesetzten Hauptamtlichen in den Blick zu nehmen, die sich in einer Aufgabenambivalenz zwischen Positivimage und Mängelbenennung einerseits, zwischen Anforderungen verschiedener Akteursgruppen andererseits befinden und sich deshalb dieser Problematik allenfalls zögerlich annehmen (können).

Freiwilliges Engagement in benachteiligten Stadtteilen braucht kontinuierliche professionelle Unterstützung

Der Anspruch, wie er z.B. im Rahmen des Programms Soziale Stadt oftmals formuliert wird, durch einmal initiierte Beteiligungsstrukturen eine Verstetigung im Sinne eines selbstorganisierten und kontinuierlichen Engagements zu bewirken, ist angesichts der Ressourcenlage vieler Bewohner/innen und Stadtteile meist unrealistisch. Die Gruppen sind dauerhaft auf Unterstützung von außen angewiesen und fordern diese auch ein, weil sie nicht bereit und/oder in der Lage sind, die Aufgaben professioneller sozialarbeiterischer Kräfte zu übernehmen. Der an sie gerichtete Anspruch der unentgeltlichen Verstetigung Sozialer Stadt-Aktivitäten wurde von manchen Bewohnerinitiativen explizit zurückgewiesen. Sie verwiesen auf begrenzte Ressourcen, den selbstbestimmten Eigensinn freiwilligen Engagements oder sie lehnten eine „Instrumentalisierung“ für Aufgaben, die als öffentliche Aufgaben wahrgenommen werden, ab.

Stadtplanerisch motivierte Aktivierung hat ihre Grenzen

Im Verlauf des Projekts hat sich gezeigt, dass viele Bewohner/innen ihre Gruppe nicht primär aus einer funktionalen Perspektive von Stadtentwicklungsprozessen wahrnehmen, sondern v.a. als unmittelbar sozialen und helfenden Zusammenhang. Professionelle Herangehensweisen und Interessenlagen aus der übergeordneten Perspektive der sozialen Stadtentwicklung stimmen also nicht immer mit der Motivation freiwillig engagierter Bewohner/innen überein. Dies wurde auch bei der Ausarbeitung eines Unterstüt-

zungsangebotes beachtet. Passgenaue Angebote orientieren sich demzufolge in stärkerem Maße an den Interessen und Lebenslagen der Bewohner/innen. Insbesondere sprachlich können sie besser vermitteln, ob und welchen Nutzen die Aneignung von Kompetenzen für das eigene Engagement hat. Unterstützungsstrukturen müssen – wie oben bereits angesprochen – zudem ihre Ansprüche an die Verselbstständigung und „Professionalisierung“ von Freiwilligenengagement grundlegend überdenken.

Bewohner/innen vor dem Hintergrund ihrer Möglichkeiten und Grenzen stärken

Bewohnerbeteiligung und Bewohneraktivierung sind klassische Aufgabenfelder der Gemeinwesenarbeit, welche durch Förderprogramme wie die Soziale Stadt neue Impulse bekommen haben und – zumindest programmatisch – zum „Mainstream“ der Aktivitäten in vielen Kommunen geworden sind. Die Erfahrungen aus dem Projekt können zum einen helfen, die Bedeutung sowie die Möglichkeiten und Grenzen von Bewohnerengagement im Rahmen sozialer Stadtentwicklung realistisch einzuschätzen. Zum anderen wurden Instrumente entwickelt oder angepasst, um die Rolle von Bewohnerinitiativen und damit die Partizipation von Bewohner/innen vor dem Hintergrund ihrer Möglichkeiten und Grenzen zu stärken – nicht im Sinne politischer Instrumentalisierung freiwilligen Engagements zur Abfederung wohlfahrtsstaatlicher Abbauprozesse, sondern im Sinne von Stärkung und Selbstbestimmung. Das Projekt AKZENT unterstreicht darüber hinaus, wie notwendig und wertvoll die kontinuierliche Begleitung von Bewohner/innen durch Hauptamtliche ist. Diese Begleitung sollte auch über die Laufzeit von befristeten Förderprogrammen, wie der Sozialen Stadt, hinaus abgesichert werden. Der Einsatz hauptamtlicher Fachkräfte und die Fortführung und Weiterentwicklung entsprechender Programme, die die soziale Stadtentwicklung fördern, sind wichtige Faktoren zur Sicherung des Engagements marginalisierter Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Stadtteilen.

Projektergebnisse gehen in Unterstützungsangebot der LAG ein

Die LAG nimmt die aus dem Projekt Akzent heraus entwickelten konzeptionellen Maßgaben zur Entwicklung von Unterstützungsangeboten für Bewohnerinitiativen im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten in ihr weiteres reguläres Leistungsangebot auf. Das ausgehend von den

Projektergebnissen entwickelte bzw. angepasste Angebotssportfolio umfasst:

- themen- und problemorientierte **Beratung**,
- Gruppendiskussionen als moderiertes **Reflexions-, Planungs- und Coachingangebot** mit einem „neutralen Blick von außen“,
- Vermittlung von Informationen, Methoden und Handwerkszeug in **Workshops mit fachlichem Input** vor Ort in den einzelnen Gruppen,
- **vertiefende Seminare** zur praktischen Anleitung und Aneignung von Kompetenzen,
- **Austausch**, themenbezogene **Vernetzung und Interessenvertretung** mit anderen Gruppen.

Mit dem Projekt AKZENT ist es gelungen, die Anliegen und Themen von Bewohnerinitiativen in benachteiligten Stadtteilen stärker sichtbar zu machen und die Aufmerksamkeit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sowie lokaler Akteure auf anstehende Herausforderungen des Bewohnerengagements zu lenken. Mit dem niedersächsischen Appell können die Bewohnerinitiativen auch nach Ablauf des Projektzeitraums ihren gemeinsamen Anliegen Ausdruck verleihen. Auch die negativen Folgen kapitalmarktorientierter Wohnungsverkäufe für Bewohner/innen und ihre Aktivitäten im Stadtteil sowie die gezielte Suche nach Handlungsmöglichkeiten sind mit AKZENT in den Fokus gerückt worden.

AKZENT - PROJEKTBERICHT

1. Projektbeschreibung

1.1 Ausgangslage

Im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung sind in vielen Projektgebieten Bürger/innen aktiviert worden und Bewohnerorganisationen entstanden – informelle Bürgergruppen und -Initiativen, Bewohnervereine, Sprecherkreise von Stadtteilforen, Bewohnerjurys von Verfügungsfonds sowie Stadtteilvereine, in denen Bewohner/innen und Professionelle gemeinsam an der Entwicklung ihres Quartiers arbeiten. Insgesamt konnten viele Menschen aktiviert und einbezogen werden, das Methodenrepertoire von Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement befindet sich in ständiger Weiterentwicklung.

Ausgangspunkt des Projekts AKZENT war die Unsicherheit darüber, mit welchen Anforderungen und Schwierigkeiten engagierte Bewohner/innen vor Ort konkret konfrontiert sind. Sowohl bei den Akteuren der Stadtentwicklung vor Ort als auch innerhalb der überregional tätigen Expert/innen-kreise bestand zudem große Unklarheit, welche Rahmenbedingungen Bewohnerorganisationen brauchen, wie und womit sie unterstützt werden können und wo die Grenzen und Möglichkeiten dieser Strukturen freiwilligen Engagements liegen.

Für Akteur/innen der Stadtteilentwicklung ergeben sich unter anderem Fragen danach,

- welche Aufgaben Bewohnerinitiativen realistisch bewältigen können,
- wie eine Überforderung zu vermeiden ist,
- wie nachhaltig solche Organisationsstrukturen einzuschätzen sind,
- welcher Aufwand an professioneller Unterstützung dauerhaft nötig ist,
- wie eine gleichberechtigte Zusammenarbeit von Professionellen und Ehrenamtlichen zu organisieren ist,
- wie mit Konflikten innerhalb der Bewohnergruppen und mit der Verwaltung umzugehen ist,
- wie die Durchlässigkeit der Bewohnerorganisationen zu nicht organisierten Bevölkerungsgruppen zu verbessern ist.

Zu all diesen Aspekten gibt es angesichts der großen Zahl und der Vielfalt der Organisationen nur ein ungenaues, bislang nicht systematisch dokumentiertes Bild. Sie bildeten die Hintergrundfolie für die Aufgaben, die im Zentrum des

Projekts AKZENT standen (vgl. 1.2 Projektziele, -inhalte und -aufgaben).

Die Initiative für das Projekt ging von der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V. (im Folgenden LAG) aus, die sich in ihrer bisherigen Unterstützungsarbeit für die Akteure der sozialen Stadterneuerung vor Ort häufig mit den genannten Fragen konfrontiert sah. Mit dem Projekt AKZENT wurden diese Folgeaspekte von Aktivierungsprozessen genauer in den Blick genommen, mit denen sich die in Niedersachsen und im Bundesgebiet tätigen Netzwerke der sozialen Stadtentwicklung seit Längerem – aber bislang noch nicht in systematischer Weise – befasst hatten.

Das Engagement, das die Menschen vor Ort in die soziale Stadtentwicklung einbringen, ist eine wichtige Grundlage für eine nachhaltige und an den Bedürfnissen der Bewohner/innen ausgerichtete Entwicklung der Stadtteile. Bewohnerorganisationen erfüllen hierbei zwei wesentliche Funktionen:

- Für die Mitglieder bieten die Initiativen/ Organisationen ein enormes Identifikationspotential und einen Ort von Zusammenhalt.
- Für die anderen Bewohner/innen des Stadtteils sind die Bewohnerorganisationen bzw. ihre Mitglieder oftmals Ansprechpartner/innen für Anliegen aller Art. Durch Aktionen und Projekte bieten sie im Stadtteil Hilfe in verschiedenen Lebenslagen und zudem die Möglichkeit, Treffpunkte und Kontaktgelegenheiten zu nutzen; sie sind dadurch in der Entwicklung einer sozialen Stadt zentrale Akteure.

Die Förderung von Bewohnerengagement und Bewohnerorganisationen ist demnach ein klassisches Handlungsfeld der Gemeinwesenarbeit, das durch Förderprogramme wie die „Soziale Stadt“ neue Impulse bekommen hat und nun zum „Mainstream“ der Aktivitäten in vielen Kommunen geworden ist. Die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements von Bewohner/innen wird in der fachöffentlichen und fachpolitischen Debatte jedoch nicht nur als wichtiges Element zukünftiger Stadtentwicklung und beteiligungsorientierter Demokratie Modelle gewertet, sondern häufig als Ressource zur Kompensation wohlfahrtsstaatlicher Abbauprozesse auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene sowie auch auf Seiten der EU missverstanden.

1.2 Projektziele, -inhalte und -aufgaben

Die LAG hat in dem beschriebenen Tätigkeitsfeld landesweite Strukturen aufgebaut, wie z.B. ein landesweites Bewohner-Initiativen-Treffen und regelmäßige Treffen von Professionellen. Sie berät zudem Akteure vor Ort in den Kommunen und Stadtteilen.

Fundierte Informationen über Bewohnerengagement in Stadtteilen mit Erneuerungsbedarf sind zentrale Voraussetzung, um Bewohnerorganisationen in ihrer wichtigen Arbeit zu stärken und inhaltlich und methodisch passgenaue Unterstützungsformen anzubieten bzw. weiterzuentwickeln. Ansätze für einen Umgang mit den oben beschriebenen offenen Fragen ließen sich in den bestehenden Strukturen der LAG und mit den vorhandenen Ressourcen jedoch nur unzureichend bearbeiten. Diese Lücke sollte das Projekt AKZENT schließen. Gegenstand des Projektes war daher laut Antrag 1. Die „Klärung des Bedarfs an Qualifizierung, Weiterbildung und Erfahrungsaustausch für die engagierten Ehrenamtlichen und für begleitende Professionelle“. Es sollten 2. „geeignete Qualifizierungsbausteine erstellt und die in Niedersachsen bestehenden kommunalen und landesweiten Strukturen in diesem Handlungsfeld in die Lage versetzt werden, mit den beschriebenen Unsicherheiten umzugehen und geeignete Lösungswege zu finden“ – so die Formulierungen im Projektantrag.

Im Rahmen des Vorhabens sollten folgende Aufgaben erfüllt werden:

- Stärken und Schwächen der bestehenden Bewohnerorganisationen systematisch erheben,
- Ansatzpunkte zur Weiterarbeit für die Bewohnerorganisationen vor Ort entwickeln,
- gemeinsame Themen herausarbeiten und den Bedarf an Qualifizierung, Weiterbildung und Erfahrungsaustausch präzise ableiten,
- einen landesweiten Austausch der Bewohnerorganisationen und die Bildung eines Netzwerks initiieren und begleiten,
- zur Deckung dieses Bedarfs geeignete Instrumente entwickeln: Die Unterstützung kann z.B. – je nach Bedarf – von der Erarbeitung von Weiterbildungsangeboten oder einer Handreichung für Multiplikatorenschulungen über Austausch und Vernetzungsaktivitäten bis hin zur Beratung der einzelnen Gruppen und der Publikation der Projektergebnisse in der (Fach-) Öffentlichkeit reichen.
- Diese Instrumente sollten nach Abschluss des Projekts in das Regelangebot der LAG übernommen werden

und zu einer verbesserten Partizipation von Bewohnerorganisationen in der Stadtteilentwicklung führen.

Unmittelbare Zielgruppen des Projekts waren in erster Linie Bewohnerinitiativen und ihre hauptamtlichen Unterstützer/innen und in zweiter Linie die (Fach-) Öffentlichkeit und politische Akteur/innen, die über die Belange der Bewohner/innen so genannter „sozialer Brennpunkte“ informiert und in ihren jeweiligen Bereichen angeregt werden sollen, fördernde Rahmenbedingungen für das Engagement ebensolcher Bewohner/innen zu schaffen. Durch Interessensbekundungen und Vereinbarungen im Vorfeld des Projektes sollten alle relevanten Akteure der Bewohnerbeteiligung in das Projekt einbezogen und so die Zielgruppenerreichung bzw. die Kooperation vor Ort sichergestellt werden. Zudem wurde im Antrag der Ansatz formuliert, mit den Bewohnerinitiativen über die konkreten Fragestellungen des Projekts und die Herausforderungen von Bewohnerengagement zu diskutieren und sie darüber nicht nur als Zielgruppe zu erreichen, sondern auch als Akteure in die Gesamtentwicklung des Projekts einzubinden.

Am Ende des Projekts sind zahlreiche freiwillig engagierte Bewohnerinitiativen und ihre hauptamtlichen Unterstützer/innen sowohl aus den unmittelbar beteiligten Projektstandorten als auch – insbesondere über die landesweiten Workshops – aus anderen Standorten aus dem Praxisnetzwerk der LAG in den Projektverlauf und die Verbreitung der Ergebnisse einbezogen worden. Ehrenamtlich und hauptamtlich Aktive aus insgesamt 24 Stadtteilgruppen haben auf diese Weise an Aktivitäten des Projekts teilgenommen bzw. zu diesen beigetragen.

Darüber hinaus wurden über das Instrument einer schriftlichen Befragung an den beteiligten Standorten auch weitere Stadtteilakteure als Externe einbezogen.

Für die Umsetzung des Projektes wurde von den einzelnen Gruppen vor Ort eine formale Willensbekundung unterschrieben. Diese bezog sich jedoch lediglich auf die Teilnahme am Projekt. Da es sich um ein ergebnisoffenes Projekt handelt, waren weiterreichende Absicherungen – etwa in Bezug auf die weitere Umsetzung der Projektergebnisse – weder möglich noch sinnvoll. Auf einer übergeordneten Ebene ist darauf hinzuweisen, dass sich Gebietskörperschaften, in denen das Programm Soziale Stadt umgesetzt wird, politisch zur Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerschaft verpflichtet haben. Hieran ist bei der Verbreitung der Projektergebnisse anzuknüpfen.

1.3 Projektpartner und weitere Akteure

Das Projekt wurde unter Leitung der LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V. (Hannover) in Zusammenarbeit mit Zoom e.V. (Göttingen) durchgeführt. Die Vorbereitung einzelner Gruppendiskussionen (GD) wurde von jeweils zwei Projektmitarbeiter/innen (erste GD: Zoom e.V.; zweite GD: LAG soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V. und Zoom e.V.) federführend übernommen, wobei eine kontinuierliche Rücksprache über das Vorgehen mit den anderen AKZENT-Teammitgliedern stattfand. Grundsätzlich oblag die Gestaltung, Planung und Durchführung der Bestandsaufnahme und die Analyse der Ergebnisse den Mitarbeiterinnen von Zoom e.V. Die LAG stellte dabei den Kontakt zu den Gruppen her, begleitete und unterstützte inhaltlich. Je eine Mitarbeiterin von Zoom und ein/e Mitarbeiter/in der LAG waren zusammen für die Planung, Durchführung und Dokumentation der zweiten Gruppendiskussionen verantwortlich. Auf diese Weise war sowohl ein direktes Anknüpfen an die Ergebnisse der ersten Gruppendiskussion als auch eine Absprache über langfristige Unterstützungsmöglichkeiten durch die LAG gewährleistet. Die LAG organisierte zudem federführend die übergreifenden Angebote und Veranstaltungen und bezieht die Ergebnisse des Projekts in die Gestaltung der weiteren Unterstützungsarbeit für Bewohnerinitiativen mit ein.

Für die Planung, Durchführung und Weiterentwicklung des Projekts werden weiterhin bestehende Arbeitszusammenhänge der LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V. genutzt, so zum Beispiel das regelmäßig stattfindende Bewohner-Initiativen-Treffen, der Arbeitskreis Gemeinwesenarbeit und schließlich – insbesondere zur Diskussion der Projektergebnisse – der Beirat und der Vorstand der LAG. Die graphische Darstellung der beteiligten Stadtteilgruppen/ Projektpartner vor Ort ist im Anhang aufgeführt.

Die verschiedenen Arbeitsschritte wurden jeweils in enger Abstimmung zwischen den Mitarbeiter/innen von Zoom e.V. und der LAG Soziale Brennpunkte umgesetzt. In regelmäßigen halbtägigen Treffen (alle zwei Monate und nach Bedarf) des gesamten Teams wurden die vorhergehenden Arbeitsschritte intensiv ausgewertet, die anstehenden Aufgaben sondiert, die Arbeitsteilung aufeinander abgestimmt und inhaltliche sowie methodische Fragen miteinander diskutiert. Absprachen und Beratungen fanden zudem regelmäßig und nach Bedarf per E-Mail und telefonisch statt. Die Vorbereitung, Nachbereitung und Durchführung der zweiten Gruppendiskussionen, des Expertenworkshops zur Wohnungssituation, der landesweiten Auswertungsworkshops mit den Bewohner/innen oder auch

die Wahrnehmung von Besprechungen mit Projektpartnern erfolgte in gemischten Zweierteams einer Mitarbeiterin von Zoom e.V. und einem Mitarbeiter/ einer Mitarbeiterin der LAG.

Neben der Verantwortung von LAG und Zoom e.V. für die Planung, Koordinierung und Durchführung des Projekts wurden im Projektantrag auch Bewohnerinitiativen als „Projektpartner vor Ort“ benannt. Im Antrag war zunächst vorgesehen, die Bewohnerorganisationen durch ein Interessensbekundungsverfahren und einen partizipativen Ansatz nicht nur als Teilnehmer/innen, sondern auch für die Gesamtentwicklung des Projektes bzw. das Herausarbeiten von Ergebnissen für die zukünftige Gestaltung von Unterstützungsangeboten zu gewinnen. Dies stellte sich in der ersten Projektphase als nur schwer realisierbar heraus. Die dennoch in vielen Fällen erfolgreiche Teilnahme am Projekt vor Ort und den landesweiten Vernetzungstreffen hatte eher den Charakter der Wahrnehmung eines Projektangebotes durch eine Zielgruppe als den einer Projektpartnerschaft. Eine stärker konzeptionelle Einbindung der Bewohner/innen in die Entwicklung eines Unterstützungskonzepts gelang jedoch in der zweiten Projektphase und nach Vorlage konkreter Vorschläge seitens des Projektteams in weitestmöglicherem Maße.

1.4 Arbeitsschritte

Das Projekt beinhaltete zwei Phasen: In der ersten Hälfte wurde eine Bestandsaufnahme der Situation von Bewohnerinitiativen in sozial benachteiligten Stadtteilen (viele davon Soziale Stadt-Gebiete) in Niedersachsen durchgeführt (vergleiche Anhang 2 und 9). Im Rahmen der Bestandsaufnahme wurden deren Ziele, Aktivitäten, die Rolle im Stadtteil und die Ressourcenlage erfasst. Hierbei kamen pro Gruppe je zwei im Abstand von ein paar Monaten aufeinander folgende Gruppendiskussionen (Bestandsaufnahme und Feedback/ Ideenentwicklung) und Fragebögen sowie landesweite Workshops zum Einsatz. In der zweiten Projektphase wurden auf der Grundlage der Bestandsaufnahme Unterstützungsansätze für Bewohnerinitiativen erarbeitet und entsprechende Konzepte entwickelt.

1.4.1 Bewerbung von Bewohnergruppen

Zunächst wurden im Januar 2009 die aus dem Netzwerk der LAG infrage kommenden Initiativen mit einer Ausschreibung über das Projekt informiert und dazu aufgerufen, sich für die Teilnahme zu bewerben (siehe Anhang 1). Dieses Auswahlverfahren endete im März 2009 mit der Willensbekundung von 13 niedersächsischen Bewohnerorganisatio-

nen zur Projektteilnahme. Dabei handelt es sich mit zwei Ausnahmen um aktuelle Gebiete im Förderprogramm der Sozialen Stadt. Drei Gruppen haben nach der abgeschlossenen Bewerbungsphase ihre Teilnahmezusage zurückgenommen, eine Gruppe wurde stattdessen nachträglich aufgenommen.

Die Gruppen decken eine große Bandbreite von Stadtteilaktivitäten ab, teilgenommen haben

- fünf Nachbarschaftseinrichtungen/-läden/-vereine mit unterschiedlichen ehrenamtlichen Freizeit- und Hilfsangeboten, teilweise regelmäßigem Cafébetrieb, Durchführung von (professionellen) Förderprojekten als Trägervereine, Durchführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen (Ein-Euro-Jobs),
- drei Stadtteilbeiräte/ Gremien zur Beratung von Verwaltungsentscheidungen, Durchführung eigener Projekte (z.B. Ausrichtung von Festen) und Geldvergabe,
- eine Stadtteilcafé- und Kulturgruppe,
- eine Gruppe von Bewohnervertreter/innen, die als Ansprechpartner für andere Bewohner fungieren und sich für die Belange ihres Stadtteils engagieren,
- ein als „Ältestenrat“ organisierter Zusammenschluss.

Die Stadtteile sind in unterschiedlich starkem Maße von Armut und Arbeitslosigkeit geprägt und weisen oftmals eine mangelnde Infrastruktur und sich verschlechternde Wohnbedingungen auf, was in der Regel eine starke Fluktuation zur Folge hat. Die Struktur bzw. Zusammensetzung der Bewohnergruppen spiegelt die Zusammensetzung der Bevölkerung in den Stadtteilen in unterschiedlichem Maße wieder. Zwischen den Bewohnerinitiativen variiert der Anteil von Männern und Frauen, von Älteren und Jüngeren, von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie schließlich von Menschen mit und ohne Erwerbseinkommen. Trotz der Unterschiede zwischen den Gruppen lässt sich insgesamt eine wesentlich stärkere Beteiligung von Frauen als von Männern und eine nur geringe Teilnahme jüngerer Menschen an den befragten Bewohnerinitiativen feststellen. Die Teilnehmenden wünschten sich zumeist eine heterogenere Zusammensetzung der Gruppen, welche die Bevölkerungsstruktur eher repräsentiert. Von allen wurde die geringe Beteiligung Jüngerer als Problem wahrgenommen, da diese Altersgruppe die Mehrheit der Bevölkerung in den Stadtteilen bildet. In einem Teil der Gruppen waren zudem nur wenige Migrant/innen aktiv, obwohl auch sie die Mehrheit der Bevölkerung darstellen. In zwei Gruppen bestand die Gruppe vor allem aus Mitgliedern, die nicht im Stadtteil wohnten. Die Gruppen wurden – zusammen mit anderen Bewohnerorganisationen – nach der Bewilli-

gung des Projekts zur Starterveranstaltung am 26.03.2009 eingeladen. Die Starterveranstaltung fand mit ca. 80 Teilnehmer/innen aus insgesamt 14 Standorten in ganz Niedersachsen im Rathaus Hannoversch Münden statt. Gastgeberin war die Hannoversch Mündener Initiative „Bürger in Bewegung e.V.“. Zunächst wurde die Projektidee eingehend präsentiert und aufgezeigt, dass AKZENT nicht nur ein Projekt der unmittelbar beteiligten Bewohnerorganisationen ist, sondern auch allen anderen Bewohnergruppen des Landesnetzwerks der LAG nützt. Zu diesem Zweck hatten die Gruppen in Hannoversch Münden Gelegenheit, an Stellwänden ihre Fragen, Wünsche und Anregungen an das Projekt zu formulieren. Hier kamen die Teilnehmer/innen schnell miteinander ins Gespräch und konnten sich zum Projekt AKZENT, aber auch über die Arbeit in ihren Stadtteilen austauschen.

1.4.2 Bestandsaufnahme – Erfassung der Unterstützungsbedarfe

Situation von Bewohnerinitiativen und Unterstützungsbedarfe – Arbeit mit ausgewählten Gruppen vor Ort

Mit einer strukturierten Bestandsaufnahme an elf¹ Standorten wurden systematisch Erkenntnisse über die Situation von Bewohnerinitiativen in benachteiligten Stadtteilen gewonnen. Methodisch kamen Gruppendiskussionen und Fragebögen auch unter Einbeziehung von weiteren Stadtteilakteuren zum Einsatz. Die gewonnenen Erkenntnisse flossen im weiteren Verlauf in die Entwicklung eines Unterstützungskonzepts ein, sie werden zudem mit Hilfe fachöffentlicher Beiträge in die bundesweite Debatte über soziale Stadtentwicklung und Bewohnerengagement eingebracht.

Bestandsaufnahme – erste Gruppendiskussionen und Fragebogenerhebung bei Gruppenmitgliedern

Mit allen elf teilnehmenden Bewohnerinitiativen wurden jeweils einzeln zwischen Juni 2009 und März 2010 erste Gruppendiskussionen zur Bestandsaufnahme der Ziele, Aktivitäten, Rahmenbedingungen, Stärken und Schwächen der Initiativen durchgeführt. Für die erste Gruppendiskussion entwickelten die Projektmitarbeiterinnen von Zoom e.V. in Abstimmung mit der LAG entlang der Ziele des Projekts ein geeignetes methodisches Instrumentarium. Dieses

¹ *Drei Gruppen haben nach der abgeschlossenen Bewerbungsphase ihre Teilnahmezusage zurückgenommen, eine Gruppe wurde stattdessen nachträglich aufgenommen.*

diente einerseits der Erhebung von Daten bzw. der Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen der Bewohnerorganisationen und ermöglichte andererseits über eine bloße Befragung hinaus Diskussion, Austausch und Selbstreflexion in den teilnehmenden Gruppen. Die dafür entworfene Grundstruktur (vgl. Beispielmoderation im Anhang 6) wurde jeweils auf die einzelne Gruppe zugeschnitten. Die in allen Gruppen durchzuarbeitenden Themenschwerpunkte waren: Ziele der Gruppe, Aktivitäten, Rolle im Stadtteil, Kommunikation und Gruppenstruktur sowie Rahmenbedingungen, Ressourcen und Bedarfe.

Insgesamt wurden jeweils drei bis maximal vier Stunden einschließlich Pausen für die Diskussionen benötigt. Es zeigte sich, dass nach drei Stunden die Konzentrationsfähigkeit vieler Teilnehmer/innen nachließ, so dass versucht wurde, einen Zeitrahmen von drei Stunden nicht zu überschreiten.

Die Gruppendiskussion wurde mit einer Vorstellungsrunde eingeleitet. Die Vorstellung der Teilnehmer/innen wurde verknüpft mit der Frage „Was verbinde ich mit der Initiative? Was fällt mir als erstes ein, wenn ich an unsere Initiative denke?“. Dies führte meist dazu, dass die Teilnehmer/innen direkt in die Diskussion einstiegen und für sie zentrale Aspekte der Stadtteilarbeit thematisierten. So konnten erste wichtige Punkte bereits gesammelt und auf einem Plakat für die folgende systematische Bestandsaufnahme festgehalten werden.

Nach einer kurzen Vorstellung der Themenschwerpunkte für die Bestandsaufnahme wurde bei einer ausreichenden Teilnehmer/innenzahl vereinzelt die Möglichkeit gegeben, die verschiedenen Aspekte kurz zu zweit zu besprechen („Murmelgruppen“), um sich im Austausch mit einer anderen Person auf das Thema einzustellen und gleichzeitig mögliche Hemmschwellen für eine Beteiligung an der Gruppendiskussion abzubauen.

Anschließend wurden die einzelnen Punkte entlang des gemeinsam erstellten Metaplans durchgearbeitet. Neben der Sammlung von Aspekten zu den einzelnen Themenschwerpunkten ging es darum, diese zu bewerten, also bspw. zu klären, welche der Aktivitäten der Gruppe die Teilnehmer/innen als positiv, welche sie als problematisch einschätzen. Ferner wurden erste Ideen für den Umgang mit den genannten Schwierigkeiten in die Metaplantabelle aufgenommen.

Beim Durcharbeiten des Metaplans bzw. der darin enthaltenen Fragestellungen kamen häufig angeregte Diskussionen auf. Die Teilnehmer/innen mussten sich über einzelne

Fragen – wie bspw. über ihre Ziele oder ihre Rolle im Stadtteil – verständigen, was sie zum Teil in dieser expliziten Weise bislang noch nicht getan hatten. Diese Phase der Bestandsaufnahme und Selbstreflexion erwies sich als sehr intensiv und damit zeitaufwändig. Daher wurde das ursprüngliche Vorhaben, gleich in der ersten Gruppendiskussion gemeinsam erste Lösungsansätze zu entwerfen, nach den ersten Terminen verworfen. Stattdessen folgte nach der Bestandsaufnahme eine Abschlussrunde, in der die Teilnehmer/innen eingeladen wurden, neben einem Feedback zur Gestaltung des Workshops auch ein persönliches Fazit zu formulieren: Was war der Kern der Diskussion und an welcher Stelle soll die Gruppe weiterarbeiten? Welches Thema hatte evtl. gar keinen Raum?

Zum Abschluss erhielten alle Teilnehmer/innen Fragebögen mit der Bitte, diese ausgefüllt zurückzusenden und auch den nicht teilnehmenden Gruppenmitgliedern einen Fragebogen weiterzureichen. Die Fragebögen (Anhang 7) dienten dazu, die Zusammensetzung der Gruppen, die persönlichen Motivationslagen und Bewertungen der einzelnen Gruppenmitglieder zu erfassen. Zudem sollte im Rahmen der anonymen Befragung die Möglichkeit eröffnet werden, „heikle“ Themen zu benennen, die in der Gruppendiskussion möglicherweise keinen Raum hatten.

Die Ergebnisse der Fragebogenbefragung ergaben wenig divergierende Ansichten hinsichtlich der Zielsetzung der Engagierten, was im Sinne des Gruppenzusammenhangs durchaus positiv zu bewerten ist und im Rahmen der zweiten Gruppendiskussion entsprechend zurückgespiegelt wurde. Vereinzelt wurde im Rahmen der Anonymität jedoch Kritik an der Gruppenstruktur oder an Hauptamtlichen geübt, die in das Feedback an die Gruppen einbezogen wurden. Die Beteiligung an der schriftlichen Befragung fiel sehr unterschiedlich aus. Aus einer Gruppe haben sich nur zwei, aus einer anderen haben sich alle Mitglieder beteiligt. Insgesamt haben jedoch mehr Mitglieder an der schriftlichen Befragung teilgenommen als an den Diskussionen. Der Einsatz zusätzlicher schriftlicher Befragungen ist somit insgesamt positiv zu bewerten, da auf diese Weise auch Perspektiven von Gruppenmitgliedern einbezogen werden konnten, die nicht an den Gruppendiskussionen teilgenommen hatten. Zudem lieferte die Beteiligung an der Befragung selbst bereits Hinweise auf die Gruppensituation (Aktivitätsniveau, Verbindlichkeit).

Nach jeder Gruppendiskussion wurde auf der Grundlage der Aufnahme und der beschriebenen Metaplankarten ein Protokoll erstellt und den Gruppen zugesandt. Schließlich wurden die ersten Gruppendiskussionen zusammen mit der

LAG Soziale Brennpunkte gebündelt nachbereitet und erste Schlüsse gezogen.

Bestandsaufnahme - Fragebogenerhebung Externe

Die Bestandsaufnahme und die gruppeninternen Fragebögen wurden ergänzt durch die Versendung von Fragebögen an externe Akteur/innen im Stadtteil bzw. in der Stadt (Anhang 8). Dies waren z.B. Bewohner/innen, Ladenbetreiber/innen, andere Vereine und Initiativen, Kirchen und Akteur/innen im Programm Soziale Stadt. Ziel war, neben der „Innensicht“ der Gruppenmitglieder auch eine „Außensicht“ zu erhalten und herauszufinden, ob und was Außenstehende von der jeweiligen Bewohnerorganisation mitbekommen haben, wie sie deren Engagement wahrnehmen, welche Rolle die Bewohneraktivitäten für den Stadtteil spielen und ob sie sich eine Unterstützung des Engagements vorstellen können. Die Namen dieser Akteur/innen wurden der LAG von den hauptamtlichen Quartiersmanager/inne/n zur Verfügung gestellt oder von den Teilnehmer/innen der ersten Gruppendiskussionen genannt. Über die schriftliche Befragung wurden externe Stadtteilakteure einerseits in die Erhebungen einbezogen, zugleich wurden sie über das Projekt informiert.

Aus Perspektive des AKZENT-Teams ist der Fragebogenrücklauf von externen Akteur/innen positiv zu beurteilen, der Rücklaufanteil betrug zumeist zwischen 30-50%, was im Vergleich mit anderen schriftlichen Befragungen hoch ist. Wie bei den gruppeninternen Fragebögen lieferte auch bei den externen Befragten bereits die Beteiligung erste Hinweise auf die Rolle der Gruppe im Stadtteil. Bei denjenigen Gruppen, bei denen der externe Rücklauf sehr gering ausfiel, gab es Hinweise darauf, dass die Einbettung der Initiative vor Ort ausbaubedürftig ist.

Bei den externen Fragebögen fiel auf, dass der Rücklauf ganz überwiegend von Institutionen (Schulen, Verwaltung, Kindergarten, etc.) kam, wohingegen Bewohner/innen, die häufig direkt von den Gruppen genannt wurden, kaum geantwortet haben. Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass für die Ansprache und Bedarfsermittlung von Bewohner/innen andere Instrumente gewählt werden müssen, z.B. eine direkte mündliche Bewohner/innen-Befragung. Inhaltlich hat sich gezeigt, dass das Fremdbild der Externen im Hinblick auf den Erfolg der Gruppen meist deutlich positiver ausfiel als das Selbstbild vieler Gruppen. Dies könnte u.a. darin begründet liegen, dass die Antwortenden meist professionell und seit vielen Jahren im Bereich der sozialen Arbeit tätig sind und vor diesem Hintergrund die Möglichkeiten und Grenzen der Zielgruppenansprache anders

bewerten. Die Rückspiegelung einer zumeist positiven Außenwahrnehmung an die Gruppen hatte einen stärkenenden Effekt für die Beteiligten.

Bestandsaufnahme - Zweite Gruppendiskussionen

Zwischen November 2009 und Oktober 2010 fand in allen beteiligten Gruppen eine zweite Gruppendiskussion statt. Nach einer strukturierten Vorstellung der aus der ersten Gruppendiskussion, den Fragebögen und der Externen-Befragung gewonnenen Ergebnisse wurde gemeinsam mit der Gruppe Konsequenzen für deren zukünftige Arbeit gezogen. Dabei ging es auch darum, herauszufinden welche Unterstützung die Gruppe sich für die Bewältigung anstehender Aufgaben eigenständig vor Ort suchen kann (Netzwerkpartner) bzw. welche Unterstützung von Seiten der LAG sie als hilfreich erachten würde.

Die zweiten Gruppendiskussionen wurden jeweils von einer Mitarbeiterin von Zoom e.V., die auch bei der ersten Runde dabei war, und einer/einem Mitarbeiter/in der LAG vorbereitet und durchgeführt. In Vorbereitung auf die zweiten Gruppendiskussionen wurde im Projektteam ein Moderationskonzept entwickelt (siehe folgende Seite).

Wie dem Überblick über den Diskussionsablauf zu entnehmen ist, ging den zweiten Gruppendiskussionen eine intensive Analyse des gesammelten Materials über die jeweilige Gruppe voraus: Für die Rückspiegelung der Ergebnisse wurden zunächst die ersten Gruppendiskussionen auf der Grundlage der Protokolle sowie die internen und externen Fragebögen intensiv ausgewertet. Die zentralen Aspekte der Bestandsaufnahme wurden dann für die zweiten Gruppendiskussionen geordnet, wichtige Fragestellungen und Hinweise von Seiten des AKZENT-Teams daraus abgeleitet und ergänzt und schließlich als kartengestützte Präsentation am Metaplan aufbereitet. Der jeweils konkrete Ablauf der Gruppendiskussionen wurde den Besonderheiten der einzelnen Gruppen entsprechend angepasst. Die Resonanz auf die zweite Gruppendiskussion fiel in den Gruppen überwiegend positiv aus. Insbesondere die strukturierte Präsentation einer Außenperspektive auf die Gruppe, die Kontrastierung von Selbst- und Fremdbild und die Diskussionsanregungen für die künftige Weiterarbeit wurden meist als hilfreich für die Entwicklung der Gruppe wahrgenommen. Nach Abschluss der zweiten Gruppendiskussionen wurden sowohl die strukturierten Rückmeldungen als auch die Diskussionsergebnisse vom jeweiligen Moderationsteam zusammengefasst und zur Verfügung gestellt.

Moderationskonzept für die zweite Gruppendiskussion

TOP	Ziele	Inhalte	Methode
Stand der Dinge im Projekt	Identifikation mit dem Projekt stärken durch laufende Information	Erste Ergebnisse aus dem Projekt	Kurzer mündlicher Bericht des Projektteams
Vorstellung	Kennenlernen von Teilnehmer/innen und LAG-Mitarbeiter/innen, die bei der 1. GD nicht dabei waren Aktualisierung unseres Kenntnisstandes über die Situation vor Ort	Namen, Position bzw. Aufgabe in der Gruppe Was gibt es Neues im Stadtteil und in der Gruppe?	Vorstellungsrunde mit Fragestellung
Rückspiegelung der Ergebnisse	Rückspiegelung der Ergebnisse aus 1. GD, internen und externen Fragebögen an die Gruppe, Darstellung	Ergebnisse aus 1. GD, internen und externen Fragebögen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kartengestützte Präsentation am Metaplan zu Aktivitäten, Zielen, Rolle im Stadtteil, Gruppenstruktur, Ressourcen und Rahmenbedingungen in den Spalten: ▪ „Was sagen Sie?“ (Auswertung 1. GD und interne Fragebögen), ▪ „Was sagen ‚die anderen‘?“ (Auswertung externe Fragebögen), ▪ „Was fällt uns auf?“ (unsere Sicht als Außenstehende auf Probleme/ positive Ergebnisse), ▪ „Fragen zur Bearbeitung“ (Anregungen zur Weiterarbeit an einzelnen Punkten)
Nachfragen, Ergänzungen, Diskussion	Abstimmung unserer Ergebniszusammenfassung mit der Gruppe, Anregung zur Reflexion	Finden Sie sich in den Ergebnissen wieder? Deckt sich das mit Ihrer Wahrnehmung? Was fällt Ihnen auf? Was sehen Sie anders?	Diskussion, evtl. Ergänzung von Karten auf dem Metaplan
Prioritäten setzen Ideen entwickeln	Selbstverständigungs- und Klärungsprozess in der Gruppe fördern	Klärung: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Welche der Punkte sind wichtig? ▪ An welchen Punkten will die Gruppe weiterarbeiten? 	Moderierte Diskussion und Visualisierung, evtl. Punkung
	Problemlösungskompetenz der Gruppe stärken: Die interessierenden Punkte vertiefen und erste Ideen zur Umsetzung von Lösungen entwickeln	Klärung: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wo liegt das Problem, was soll sich ändern? ▪ Wie können wir es angehen, ▪ Welche Ressourcen sind dafür notwendig? Wie lassen sie sich beschaffen? 	Gemeinsame Diskussion Visualisierung
Absprachen treffen	Die ersten Arbeitsschritte konkret planen und Verantwortliche finden	Klärung: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Was ist unser erster Schritt? ▪ Wer übernimmt welche Aufgaben? ▪ Welche Unterstützung wird gewünscht, was kann von Seiten der LAG geleistet werden, welche anderen Möglichkeiten hat die Gruppe? 	Gemeinsame Diskussion Visualisierung
Abschlussrunde	Stimmungsbild zum Tag und Anregungen für die Fortentwicklung der 2. GD erhalten	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Feedback an uns ▪ Was war für mich das Wichtigste heute/ was hat mir gefehlt? 	Runde

Austausch auf Landesebene

Am 27.05.2010 wurden alle AKZENT-Gruppen sowie weitere interessierte Gruppen des Bewohner-Initiativen-Treffens zu einer gemeinsamen Veranstaltung eingeladen (siehe Protokoll im Anhang 11). Ziel war es, die Gruppen zunächst über die ersten Ergebnisse der Bestandsaufnahme und den Fortlauf des Projekts zu informieren. Anschließend hatten die Gruppen Gelegenheit sich kennenzulernen und ihre Erfahrungen über die Problemstellungen auszutauschen, die das AKZENT-Team als übergreifende Themen identifiziert hatte oder die im Rahmen der Veranstaltung benannt wurden. Gastgeber war der Sprecherkreis Westhagen. Zunächst wurden zentrale Ergebnisse der bisherigen Gruppendiskussionen dargestellt und diejenigen Fragen und Probleme herausgearbeitet, vor denen viele Gruppen in den Stadtteilen stehen. Hieraus wurden Themen für drei moderierte Kleingruppen abgeleitet:

- Suche nach Mitstreiter/inne/n
- Umgang mit Fondsgesellschaften als Vermieter
- Wie geht es mit unserer Gruppe weiter, wenn sich Veränderungen von außen ergeben?

In einer vierten Kleingruppe trafen sich die Hauptamtlichen und diskutierten alle drei Aspekte.

In den Kleingruppen wurden, bezogen auf die jeweiligen Themen, Erfahrungen ausgetauscht sowie Bedarfe zur Bearbeitung dieser Themen und Ideen zur Umsetzung formuliert.

Parallel zu den ersten Gruppendiskussionen mit Initiativen und Bewohnerorganisationen wurde am 10.08.2009 auch mit Fachkräften der Gemeinwesenarbeit zu dem Thema „Qualifizierung und Vernetzung von Bewohnerorganisationen“ gearbeitet. Dies fand im Rahmen des Arbeitskreises Gemeinwesenarbeit (AK-GWA) der LAG statt. Folgende Fragen aus Sicht der hauptamtlich tätigen Mitarbeiter/inne/n wurden bearbeitet:

- Was sind die Möglichkeiten und Grenzen von Bewohnerorganisationen?
- Welche Erwartungen haben die Hauptamtlichen an die Bewohnerorganisationen und umgekehrt?
- Was ist hilfreich in der Arbeit mit Bewohnerorganisationen?

Als Arbeitsmethode wurde hierzu das „World-Café“ angewendet. Dabei wurden die oben genannten Fragen in Gruppen mit wechselnder Zusammensetzung bearbeitet.

1.4.3 Entwicklung und Umsetzung erster Qualifizierungsangebote während der Projektlaufzeit

Parallel zur Erarbeitung der allgemeinen AKZENT-Ergebnisse wurde von einzelnen Bewohnergruppen in den Gruppendiskussionen ein schneller Einstieg in inhaltliche Fragestellungen gewünscht.

Bereits im Februar 2010 wurden von den Standorten benannte Unterstützungswünsche probeweise im Rahmen dreier Tagesseminare in das LAG-Qualifizierungsprogramm aufgenommen. Zwei Treffen konnten vor Ort an AKZENT-Standorten organisiert werden, das dritte musste aus organisatorischen Gründen in der LAG-Geschäftsstelle stattfinden. Zielgruppe waren AKZENT-Teilnehmer/innen, aber auch externe Personen. Für die Veranstaltungen wurde kein Kostenbeitrag erhoben. Die Fahrtkosten für die Anfahrt zur Veranstaltung mussten allerdings durch die Teilnehmer/innen aufgebracht werden.

- Am 26.02.2010 in Hannover, Geschäftsstelle der LAG, "Alleine sind alle an ihrer Grenze - Mitstreiter finden und das Gemeinsame pflegen, Ehrenamt und freiwillige Mitarbeit in unseren Projekten": Da sich nur zwei Hauptamtliche angemeldet hatten, musste das Seminar wegen zu geringer Nachfrage ausfallen. Auf dem Treffen sollte es um die Frage gehen, wie es gelingen kann, ehrenamtlich engagierte Mitarbeiter/innen für die Initiativen zu gewinnen und welche Rahmenbedingungen es braucht, damit diese sich längerfristig engagieren.
- Am 16.04.2010 in Oldenburg-Bloherfelde, „Wenn es richtig kracht – Umgang mit Konflikten“: An diesem Seminar haben sechs Personen teilgenommen, davon waren drei Hauptamtliche und drei Ehrenamtliche; eine Teilnehmerin kam aus einem AKZENT-Standort. In dem Seminar wurden die Entstehung von Konflikten und deren unterschiedliche Formen näher betrachtet. Anhand von Beispielen aus der Praxis und Übungen aus dem Konfliktmanagement wurden Ideen und Ansätze besprochen, wie man mit möglichen Konflikten umgehen kann.
- Am 30.09.2010 in Garbsen, "Das Netzwerk – das unbekannte Wesen und Allheilmittel?": An diesem Seminar haben fünf Personen teilgenommen, davon waren drei Hauptamtliche und zwei Ehrenamtliche; alle Teilnehmer kamen aus dem AKZENT-Standort Garbsen. Im Seminar wurde näher betrachtet, was überhaupt ein „Netzwerk“ ausmacht, welche Unterschiede es zu Ver-

netzung, Kooperation und Zusammenarbeit gibt und was es zum Gelingen braucht. Beispielhaft konnten die Teilnehmer/innen ihre „eigenen Netzwerke“ analysieren und schauen, wer mit wem wie verbunden ist.

1.4.4 Erarbeitung von Unterstützungsansätzen für engagierte Bewohner/innen

Die Aktivitäten in der zweiten Projektphase bezogen sich auf zwei Arbeitsschwerpunkte. Vornehmlich wurden die Ergebnisse bzw. Konsequenzen aus der Bestandsaufnahme der Gruppen vor Ort im Hinblick auf die zukünftige Gestaltung von Unterstützungsangeboten ausformuliert. Sie wurden in mehreren Treffen zur Diskussion gestellt v.a. mit Ehrenamtlichen und hauptamtlichen Unterstützer/innen aus den AKZENT-Projektstandorten, aber auch mit nicht beteiligten Gruppen. Parallel wurde der Themenschwerpunkt Verschlechterung der Wohnsituation in benachteiligten Stadtteilen weiter verfolgt, um mögliche Ansatzpunkte für eine Unterstützung von Bewohner/innen bzw. Initiativen bzw. Handlungsmöglichkeiten hauptamtlicher Unterstützer/innen auszuloten.

Aus den Ergebnissen der Bestandsaufnahme und den gewonnenen Erkenntnissen aus dem Beteiligungsprozess am Projekt selbst wurden grundsätzliche Maßgaben für die Gestaltung von Unterstützungsangeboten für engagierte Bewohner/innen in benachteiligten Stadtteilen abgeleitet; sie werden in Kapitel 2 ausführlich dargestellt. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen den grundsätzlichen Aussagen zur Situation und Unterstützungserfordernissen von Bewohnerinitiativen und den Konsequenzen für eine zukünftige Gestaltung von Unterstützungsangeboten seitens der LAG; denn nicht alles, was aus den Erfahrungen des Projektes heraus sinnvoll wäre, ist auch seitens der LAG umsetzbar.

In einem Beteiligungsprozess mit den im AKZENT-Projekt eingebundenen und anderen Vor-Ort-Gruppen sowie weiteren Netzwerkpartnern wurden die Erkenntnisse und Ergebnisse aus dem Projekt aufbereitet. Hierfür wurden insgesamt vier landesweite Veranstaltungen durchgeführt bzw. genutzt: Zwei nach Nord- und Südniedersachsen aufgeteilte Bewohner-Initiativen-Treffen, ein Feedback-Workshop mit den hauptamtlichen Unterstützer/innen der projektbeteiligten Vor-Ort-Gruppen und schließlich die Abschlussveranstaltung mit haupt- und ehrenamtlichen AKZENT-Beteiligten sowie weiteren Stadtteilvertreter/innen aus dem Praxisnetzwerk. Am Ende dieses Prozesses stehen drei „Produkte“:

- Ein an den Projektergebnissen orientiertes und optimiertes Unterstützungsangebot (Angebotskatalog) der

LAG an die Bewohnergruppen und ihre hauptamtlichen Unterstützer/innen,

- flexibel einsetzbare fachliche Module zur Vermittlung von Wissens- und Handwerkszeug sowie
- ein gemeinsamer Appell an Politik, Verwaltung und Wohnungswirtschaft zur verbesserten Unterstützung von sozialer Stadtentwicklung und Bewohnerengagement (siehe Anhang 12)

Vorstellung und Diskussion der Projektergebnisse und des LAG-Angebots auf zwei Bewohner-Initiativen-Treffen.

Die Ausarbeitung eines Unterstützungsangebotes für Bewohnerinitiativen erfolgte ausgehend von den Gruppendiskussionen und den Bedarfsanmeldungen vor Ort, aber auch auf der Grundlage der Auswertung der Projektangebote und ihrer Nutzung selbst.

Ziel des Projekts war von Beginn an, die Projektergebnisse innerhalb des gesamten Landesnetzwerks rückzukoppeln bzw. auch diejenigen nicht direkt am Projekt beteiligten Gruppen daran teilhaben zu lassen - nicht zuletzt weil die Umsetzung der Ergebnisse im Rahmen der LAG auch alle Mitglieder des Landesnetzwerks betreffen würden. Wie bereits bei der Starterveranstaltung in Hann. Münden wurde daher auch nach Abschluss der Bestandsaufnahme mit den regelmäßig stattfindenden Bewohner-Initiativen-Treffen ein größeres Forum zur Diskussion gewählt. Am 3. Februar 2011 fand in Celle das Bewohner-Initiativen-Treffen für die Bewohnerinitiativen aus dem südlichen Teil Niedersachsens statt, am 16. Februar 2011 in Emden für die Gruppen aus dem nördlichen Niedersachsen. Der organisatorische Rahmen wurde wie auch bei anderen Bewohner-Initiativen-Treffen von bzw. in Absprache mit engagierten Bewohnergruppen vor Ort gestaltet. Dies umfasst neben dem Austausch über bestimmte Themen grundsätzlich auch die Vorstellung der Stadtteilaktivitäten vor Ort in Verbindung mit einem Stadtrundgang. Insgesamt 46 Personen, davon 4 Hauptamtliche und 42 Ehrenamtliche aus insgesamt 14 Gruppen (davon 5 AKZENT-Gruppen) haben daran teilgenommen. Bei beiden Treffen wurden v.a. diejenigen Projektergebnisse vorgestellt (siehe Anhang 14), die in der Bestandsaufnahme für viele Gruppen relevant waren. Hieraus wurden konkrete Fragen an die anwesenden Bewohner/innen (sowie auch auf dem Treffen anwesende Hauptamtliche) abgeleitet. Dabei ging es vor allem darum zu klären, welche Unterstützungsangebote sich die Gruppen wünschen und wie diese organisatorisch gestaltet sein müssen, um tatsächlich wahrgenommen zu werden. Die Diskussionsergebnisse und die Rückmeldungen der Be-

wohner/innen sind in die weitere Erarbeitung eines Unterstützungskonzepts eingeflossen.

Insbesondere im Rahmen der landesweiten Veranstaltungen ist es damit in der zweiten Projekthälfte gelungen, die Bewohner/innen und auch die Hauptamtlichen an der konzeptionellen Entwicklung des Projektergebnisses zu beteiligen. Einschränkend muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass die Beteiligung von Gruppen, in denen die Mitglieder mehrheitlich erwerbstätig sind, an solchen überregionalen und halbtägigen Veranstaltungen Einschränkungen unterliegt.

Workshop mit hauptamtlichen Unterstützer/innen aus den AKZENT-Standorten

Nach Abschluss der Auswertung der Bewohner-Initiativen-Treffen wurde am 15. März 2011 ein Workshop mit den hauptamtlichen Unterstützer/innen aus den beteiligten Projektgruppen durchgeführt. Der Workshop begann mit einer Rückmeldung von Seiten der Hauptamtlichen – Verantwortliche für das Quartiermanagement oder dem Bereich der Gemeinwesenarbeit – ob und was sich im Zusammenhang mit der Projektteilnahme vor Ort geändert habe. Daran anschließend wurden die Projektergebnisse zur Diskussion gestellt. Neben der Frage nach der zukünftigen Gestaltung von Unterstützungsangeboten für Ehrenamtliche ging es auch um die zentrale und oftmals mit Ambivalenzen verbundene Rolle der Hauptamtlichen. In Bezug auf die Unterstützungsangebote für Ehrenamtliche wurde v.a. über die bislang geringe Nutzung von wissensvermittelnden Angeboten und die Frage nach einer niedrigschwelligeren Angebotsgestaltung gesprochen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Rolle von Ehrenamtlichen bzw. Ehrenamtlichkeit vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen bzw. Verstetigungsdebatten der Sozialen Stadt thematisiert und auf die Gefahr der Überforderung freiwillig Engagierter durch „Professionalisierungsangebote“ hingewiesen.

Der zweite Teil des Workshops beinhaltete eine durch Fragen strukturierte Arbeitsphase in drei Kleingruppen zu widersprüchlichen Anforderungen an Hauptamtliche, den Konsequenzen in der Arbeit mit den Gruppen und den Unterstützungsbedarfen für einen verbesserten Umgang mit Rollenkonflikten. Die Teilnehmer/innen des Workshops benannten verschiedene Akteure und deren miteinander konkurrierende oder konfligierende Anforderungen, die ihre Arbeit prägten und ausgeglichen werden müssten: Das Job Center ist Träger von beantragten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und zugleich Ansprechpartner für berechnete Forderungen von Bewohner/innen als Transfer-

leistungsbeziehende; Politik und Verwaltung dienen als Ansprechpartner für Forderungen und sind zugleich weisungsgebende Arbeitgeber; verschiedene Gruppen von Bewohner/innen, Wohnungseigentümern, Quartiermanagement und Gemeinwesenarbeit formulieren unterschiedliche Anforderungen. Insbesondere wurde auf den Spagat zwischen den Bedürfnissen und Anforderungen der Bewohner/innen und der Kommune hingewiesen sowie auf den Grundkonflikt zwischen positiv imagefördernder Darstellung des Stadtteils bei gleichzeitiger Benennung von Missständen. Aus diesen widersprüchlichen Anforderungen ergäben sich teilweise negative Auswirkungen auf die eigene Arbeit. Einzelne Teilnehmer/innen machten deutlich, dass sie teilweise sehr (zu) vorsichtig geworden seien, z.B. in Bezug auf die Informationsweitergabe an Bewohner/innen oder der Benennung von Missständen. Gleichzeitig entstünde auf Seiten der Bewohner/innen Enttäuschung darüber, dass nur wenig erreicht werde. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob man die angesprochenen Konflikte einfach aushalten oder aber das eigene Handeln gegenüber Bewohner/innen transparent machen sollte. Auf diese Weise könnte z.B. Verantwortung und Eigenständigkeit an die Bewohner/innen wieder zurückgegeben werden, da diese in der Öffentlichkeit ganz anders agieren, Missstände thematisieren und Forderungen stellen könnten. Schließlich wurden auch häufige Reibungspunkte zwischen hauptamtlicher Arbeit und unentgeltlichem Engagement benannt – wie die Erwartung der Allzuständigkeit, Allmacht und des „rund-um-die-Uhr-Engagements“ an die „Bezahlten“.

Vor dem Hintergrund dieser Arbeitseinheit und ihrer Ergebnisse formulierten die Hauptamtlichen sowohl den Wunsch nach weiteren Austauschmöglichkeiten über mögliche Strategien zur bewussten Gestaltung der eigenen Rolle, als auch nach einem Coaching und einen „neutralen Blick von außen“ auf bestimmte schwierige Konfliktsituationen vor Ort.

1.4.5 Vernachlässigte Wohnungsbestände in benachteiligten Stadtteilen: Ansatzpunkte zur Unterstützung von Bewohner/innen

Das Problem vernachlässigter Wohnungsbestände erwies sich im Projektverlauf als ein wichtiges Thema vieler Bewohner/innen und ihrer Initiativen. Zugleich gab es nur wenig erfolgreiche Ansätze von Seiten der Bewohner/innen und Professionellen, um die Interessen der Mieter/innen aktiv zu vertreten. Vor diesem Hintergrund wurde am 24. Februar 2011 ein Expertenworkshop bzw. Erfahrungsaustausch organisiert, in dem es um die Verschlechterung der Wohnungssituation in benachteiligten Stadtteilen als Folge

des Verkaufs an kapitalmarktorientierte Gesellschaften ging. Neben dem Austausch über die Situation vor Ort sollten auch Handlungsmöglichkeiten auf Seiten der Kommunen und der Gemeinwesenarbeit ausgelotet werden.

Während der Bestandsaufnahmen war deutlich geworden, dass dieses Thema sowohl für die einzelnen Bewohner/innen als auch für ihr Engagement im Stadtteil von herausragender Bedeutung ist. Denn eine zunehmende Verwahrlosung von Wohnungsbeständen verletzt nicht nur das Recht auf menschenwürdiges Wohnen, sondern läuft auch stadtteilbezogenem Bewohnerengagement zur Aufwertung des Stadtteils und zur stärkeren und dauerhaften Identifikation mit dem Stadtteil als Lebensraum entgegen („Wer kann, zieht weg“). Da die Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten außerhalb der Reichweite einzelner Bewohnerinitiativen vor Ort liegt und zudem auch nicht auf das Land Niedersachsen zu beschränken ist, war eine entsprechende Recherche auf bundesweiter Ebene erforderlich. Das AKZENT-Team hat in diesem Rahmen zum einen Informationen über rechtliche Möglichkeiten der Intervention seitens der Kommunen zusammengetragen. Zum anderen wurde mit zahlreichen Expert/inn/en aus dem Bereich der kommunalen Verwaltung, der Gemeinwesenarbeit und der lokalen Mieter- bzw. Bewohnerinteressenvertretung aus dem gesamten Bundesgebiet Kontakt aufgenommen, um sich über Handlungsoptionen und erfolgreiche Strategien zu informieren. Da in den besuchten Stadtteilen in Niedersachsen und auch nach eingehender Recherche für ganz Niedersachsen kaum erfolgreiche Ansätze eines offensiven Umgangs mit dieser Problematik von Seiten der Gemeinwesenarbeit oder der Kommunen zu erkennen waren, ergab sich die Notwendigkeit hier verstärkt auf die Expertise bzw. Expert/inn/en aus anderen Bundesländern zurückzugreifen. Dabei stellte sich heraus, dass z.B. für Nordrhein-Westfalen diesbezüglich deutlich mehr Aktivitäten von Seiten der Kommunen, der Gemeinwesenarbeit aber auch der Bewohner/innen recherchiert werden konnten (z.B. in Niederrhein, Dortmund, Münster, Köln) als für Niedersachsen, aber auch von Aktiven aus Freiburg, Dresden, Kassel und Berlin konnten Informationen eingeholt werden.

Einige der für die Recherche angesprochenen Expert/inn/en wurden schließlich zum gemeinsamen Austauschtreffen am 24.2.2011 eingeladen. Die Einladung zu diesem Fachaustausch erfolgte mit der Zielsetzung, verschiedene Ansätze zur Unterstützung von Bewohner/innen in der Wahrnehmung ihrer Mieterrechte und in ihrem Bewohnerengagement für eine Verbesserung des Lebensumfelds in benachteiligten Stadtteilen sowie kommunaler Strategien zum Umgang mit vernachlässigten Wohnungsbeständen ken-

nenzulernen. Insgesamt nahmen neben Mitgliedern des AKZENT-Teams externe Expert/inn/en aus Freiburg, Köln, Dortmund, Münster und Berlin an diesem Treffen teil. Ziel war und ist, positive Ansätze aus anderen Regionen verstärkt in das Unterstützungskonzept für Bewohner/innen sowie die weitere stadtentwicklungspolitische Arbeit des Projektpartners einfließen zu lassen.

Ablauf und Ergebnisse des Fachaustauschs sind in einem ausführlichen Protokoll festgehalten (siehe Anhang 15). Ein wesentliches Ergebnis war, dass ein punktueller überregionaler Fachaustausch über erprobte und erfolgreiche Ansätze des Umgangs mit Wohnungsverwahrlosung als dringlich angesehen wird – zumal sich in dem Feld zwischen kommunaler Stadtentwicklungspolitik, kommunalen Haushaltsrestriktionen und rechtlichen Eingriffsmöglichkeiten und Pflichten der Kommune bislang wenig Handlungsmuster etabliert haben und viele Ansätze kreativ entwickelt und ausprobiert werden müssen.

Ausgehend von den AKZENT-Projektaktivitäten konnten Impulse zur Bearbeitung der Problematik vernachlässigter Wohnungsbestände auf Landes- und Bundesebene gegeben werden. So hat das AKZENT-Team im Rahmen des Erfahrungsaustauschs der Programmkommunen Soziale Stadt im Weser-Ems-Gebiet am 15.6.2011 in Delmenhorst-Wollepark einen inhaltlichen Input zum Thema verwahrloste Wohnungsbestände und Auswirkungen auf Bewohnerengagement geleistet und einen diesbezüglichen Erfahrungsaustausch unterstützt. Aus der Projekterfahrung heraus wurden zudem Anregungen für die inhaltliche Gestaltung einer Tagung zum Thema soziale Wohnungspolitik der Evangelischen Akademie Hofgeismar gegeben. Ebenfalls sind Ergebnisse und Erkenntnisse des von AKZENT organisierten Fachaustauschs im Rahmen des Deutschen Städtetages am 17. Mai 2011 in Freiburg in die inhaltliche Gestaltung eines vor Ort geplanten Workshops mit eingegangen. Von Seiten der LAG wird die Situation vernachlässigter Wohnungsbestände in benachteiligten Stadtteilen, die Rolle der Kommunen allgemein und der Sozialen Stadt insbesondere nun verstärkt in Gesprächen und Fachdiskussionen innerhalb des Netzwerkes, aber auch in Gesprächen mit Politik und Verwaltung auf Landesebene eingebracht, um hier Handlungsbedarf aufzuzeigen. Für den Herbst 2011 plant die LAG einen Fachaustausch zu diesem Thema. Ausgehend von den Projekterfahrungen in AKZENT wird dieses Thema auch von Seiten der BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit aufgegriffen und in die Netzwerkaktivitäten integriert.

1.4.6 Abschlussworkshop – Ergebnispräsentation und gemeinsamer Appell

Zur Präsentation und Verbreitung der Ergebnisse fand am 17. Mai 2011 der AKZENT-Abschlussworkshop in Delmenhorst-Wollepark statt, wozu wie bereits bei der Auftaktveranstaltung freiwillig Engagierte und hauptamtlich Aktive aus allen im Rahmen der LAG vernetzten Standorten, schwerpunktmäßig jedoch aus den AKZENT-Standorten eingeladen wurden. Insgesamt 50 Personen – sowohl Hauptamtliche als auch Ehrenamtliche aus insgesamt 12 Gruppen (davon aus 8 AKZENT-Gruppen) – nahmen am Abschlusstreffen des AKZENT-Projektes teil.

Das Treffen wurde inhaltlich vom AKZENT-Team vorbereitet, die organisatorische Ausrichtung von der projektbeteiligten Initiative der Bewohnervertreter/innen Wollepark vor Ort übernommen. Die Abschlussveranstaltung umfasste – ausgehend von den übergreifenden Projektergebnissen, die bereits zuvor auf den Bewohner-Initiativen-Treffen eingehend vorgestellt und diskutiert worden waren – die Darstellung des daraus abgeleiteten Unterstützungsangebotes der LAG an engagierte Bewohner/innen in benachteiligten Stadtgebieten.

In einem zweiten Teil wurde zusammen mit den Teilnehmer/innen der Veranstaltung ein gemeinsamer Appell an Politik, Verwaltung und Wohnungswirtschaft verabschiedet. In diesem wird an die Verantwortung der angesprochenen Akteure für die strukturellen Rahmenbedingungen von Bewohnerengagement appelliert. Der Appell wurde vom AKZENT-Team ausgehend von der Bestandsaufnahme über die in allen Orten ähnlich vorgefundenen Rahmenbedingungen, Schwierigkeiten und Ressourcen von Bewohnerengagement als Entwurf formuliert. Er ist Bündelung und Ergebnis „übergreifender“ Erkenntnisse aus dem Projekt AKZENT und trägt der Tatsache Rechnung, dass viele Herausforderungen und Schwierigkeiten freiwilligen Bewohnerengagements in benachteiligten Stadtteilen nicht auf örtlicher Ebene und von den Bewohner/innen allein gelöst werden können. Der Appell ermöglicht den Bewohnerinitiativen, die Öffentlichkeit und die politischen Akteure vor Ort auf ihre Situation und Bedarfe aufmerksam zu machen und die Verantwortungsübernahme von Politik und Verwaltung für die Aufrechterhaltung und dauerhafte Förderung ihres Stadtteilengagements einzufordern. Die Vorstellung erfolgte abschnittsweise über eine Bildschirmpräsentation. In einem sich daran anschließenden intensiven Diskussions- und Abstimmungsprozess mit allen Beteiligten wurden Änderungen festgehalten. Diese Möglichkeit, sich als engagierte Bewohner/innen gemeinsam eine Stimme zu verleihen, hat bei den Beteiligten unerwartet starke Resonanz

gefunden. Die Bewohner/innen beteiligten sich äußerst rege am Diskussionsprozess, in dessen Folge der Entwurfstext deutliche Modifikationen erfuhr. Dem so angepassten Appell-Text wurde im Anschluss vom Plenum explizit zugestimmt. Der Appell steht den Bewohner/innen vor Ort für ihre Öffentlichkeitsarbeit gegenüber lokalen Vertreter/innen aus Politik und Verwaltung zur Verfügung. Zudem findet er im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Fachbeiträge des Projektteams aus LAG und Zoom e.V. Verbreitung.

1.5. Schwierigkeiten und Veränderungen in der Projektumsetzung

Generell wurde deutlich, dass die Gruppen in den meisten Fällen ihre Beteiligung am Projekt nicht aktiv initiiert hatten und teilweise auch nicht über Ziele und Methoden im Bilde waren. Der formale Beteiligungsprozess durch ein Interessensbekundungsverfahren wurde vielmehr von den Hauptamtlichen angeregt und bei der Terminierung entsprechend abgesichert, was in manchen Fällen mit erheblichen Umsetzungsschwierigkeiten verbunden war. Manchmal mussten die Hauptamtlichen noch spontan die Gruppenmitglieder an den Termin erinnern oder für eine Beteiligung werben. Fast immer haben weniger Personen als ursprünglich angekündigt teilgenommen. Insofern lässt sich auch resümieren, dass sich die Bewohner/innen in einigen Initiativen nicht selber für den Prozess verantwortlich fühlten.

Eine wesentliche Abweichung vom anfänglichen Arbeitsplan ergab sich dadurch, dass sich drei zu Beginn eingeplante Bewohnerinitiativen trotz Beteiligung am Interessensbekundungsverfahren gar nicht am Projekt beteiligten. Eine Gruppe nahm ihre Interessenbekundung zurück, da die Mitglieder mit anderen Aufgaben überlastet waren. Bei einer weiteren Gruppe zeichnete sich bereits zu Beginn ab, dass der ursprünglich vereinbarte Termin in eine personelle Umbruchsituation (Hauptamtliche) fiel und mangels Teilnehmer/innen nicht durchgeführt werden konnte. Eine Ehrenamtliche, die sich um einen weiteren Termin kümmern wollte, gab ihre Bemühungen schließlich auf, da sie davon ausging, weder auf Interesse noch auf Unterstützung der Gruppe und der neuen hauptamtlichen Mitarbeiterin bauen zu können. In einem anderen Fall konnte trotz intensiver Bemühungen kein Termin abgesprochen werden, da niemand aus der Gruppe telefonisch oder per E-Mail erreichbar war bzw. eine sich im Antragsverfahren zuständig erklärende Person die Informationen offenbar nicht in der Gruppe kommuniziert hat, so dass im Interesse des Fortgangs des Projekts entschieden wurde, die Bemühungen einzustellen. Stattdessen wurde eine weitere Gruppe – der Ältestenrat Northeim – in das Projekt aufgenommen.

In zwei Gruppen hat bis zum Projektabschluss keine zweite Gruppendiskussion stattgefunden, in einem Fall steht nach Aussagen der hauptamtlichen Unterstützerin der Fortbestand der Gruppe und die weitere Aktivität generell in Frage, so dass während der Projektlaufzeit kein weiterer Termin zustande kam. Dies war bereits während der ersten Gruppendiskussion deutlich und ist in die Vorbereitung der zweiten Gruppendiskussion von dem vorbereitenden Team als zentrales Thema der Rückmeldung eingeplant gewesen. In einem zweiten Fall kam der zweite Gruppentermin nicht zustande, da es keinen eigenständigen Kontakt zu den aktiven Gruppenmitgliedern gab und der zuständige Hauptamtliche aufgrund langer Erkrankung keinen Termin innerhalb des dafür vorgesehen Zeitrahmens mit der Gruppe vereinbart hat. Hinzu kamen von dessen Seite Bedenken, bestimmte Aspekte gruppenöffentlich und explizit zu thematisieren, da es sich bei der Gruppe um ein eher informell funktionierendes Netzwerk handele und der informelle Charakter nicht durch die Thematisierung von Zielen, Aktivitäten und Erfolgen verloren gehen sollte.

Die teilweise geringe Beteiligung an den im Rahmen des Projektes angebotenen Qualifizierungsseminaren zeigte, dass die Benennung bestimmter Problemlagen nicht immer mit der Teilnahmebereitschaft an Angeboten zur Problembearbeitung einhergeht. Die ursprüngliche Zielsetzung des Projektes, passende Qualifizierungsbausteine zu entwickeln, muss daher stärker an die Situation der Initiativen angepasst werden. Gründe für die Diskrepanz zwischen Problemenennung und Bearbeitungsbereitschaft wurden ausgewertet und sind in die Formulierung von Maßgaben der Unterstützungsarbeit für Bewohnerinitiativen eingeflossen (siehe Kapitel 2).

Wesentliche Abweichungen vom Zeit- und Arbeitsplan ergaben sich zudem durch Aufgabenstellungen, die sich erst im Laufe des Projektes als wichtig erwiesen haben. Hierzu gehören die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Thema Wohnungsverwahrlosung durch kapitalmarktorientierte Eigentümerstrukturen. Im Rahmen der Bestandsaufnahme wurde deutlich, dass diese Problematik gravierende Auswirkungen auf das Bewohnerengagement hat und Bemühungen um Bewohnerbeteiligung, Stadtteilverschönerung und Stadtteilbindung teilweise untergraben. Daher war es angezeigt, im Rahmen eines Projekts zu Bewohnerengagement dieses Thema intensiver aufzugreifen und nach Handlungsmöglichkeiten zu suchen. Neben einer intensiven und zeitaufwändigen Recherche nach Positivbeispielen im Bereich von Kommunen, Gemeinwesenarbeit und Bewohnerinitiativen wurde – wie oben ausführlich dargestellt – ein überregionaler Expertenworkshop initiiert.

Schließlich ist zu erwähnen, dass nach Abschluss der zweiten Gruppendiskussionen sowohl die strukturierten Rückmeldungen als auch die Diskussionsergebnisse vom jeweiligen Moderationsteam zusammengefasst und zur Unterstützung des weiteren Gruppenreflexionsprozesses als Druckexemplar zur Verfügung gestellt wurden. Diese aufwändige Erstellung ausführlicher schriftlicher Ergebnisprotokolle der zweiten Gruppendiskussionen war zunächst nicht vorgesehen. Sie hat sich auf Wunsch der meisten Gruppen zu einem Standardinstrument entwickelt.

1.6. Zielerreichung und Projekteffekte

Im Rahmen des Vorhabens konnten die im Antrag formulierten Aufgaben (vgl. 1.2) weitgehend erfüllt werden. In der Bestandsaufnahme konnten Stärken und Schwächen erhoben und Ansätze für die Weiterarbeit entwickelt werden. Dabei wurden auch gemeinsame Themen herausgearbeitet, die im Rahmen eines landesweiten Austauschs aufgegriffen wurden und schließlich in einem gemeinsamen Appell mündeten. Ebenso konnten geeignete Instrumente zur Unterstützung von Bewohnerinitiativen und sie begleitende Professionelle entwickelt und teilweise erprobt werden, die nach Ablauf der Förderperiode von der LAG in ihr Regelangebot übernommen werden.

Bei der Frage der Zielerreichung muss generell zwischen dem Ziel der Informationsgewinnung über Bewohnerengagement in benachteiligten Stadtteilen einerseits und dem Ziel der Entwicklung passender Unterstützungsangebote andererseits differenziert werden.

Das Ziel der Gewinnung von Erkenntnissen über die Situation und die Rolle von Bewohnerinitiativen ist bereits in der ersten Projekthälfte erreicht worden. Im Rahmen einer Bestandsaufnahme wurden Erkenntnisse darüber gewonnen, vor welchen Schwierigkeiten und Herausforderungen engagierte Bewohner/innen in ihren Stadtteilen stehen, welche Rolle sie in der Stadtentwicklung spielen und welche Rahmenbedingungen sie für ihre Arbeit benötigen (vgl. zu den für die Stadtentwicklung zentralen Erkenntnissen Kapitel 2.1.) Auf übergreifender Ebene konnten zudem Maßgaben für eine passgenaue Gestaltung von Unterstützungsangeboten für Bewohnerinitiativen in benachteiligten Stadtteilen formuliert werden. Diese sollten sich mehr auf die örtliche Ebene und die dort formulierten Probleme und Anliegen beziehen bzw. verstärkt direkt vor Ort umgesetzt werden. Inwieweit es im Rahmen der Unterstützungsarbeit der LAG in Zukunft gelingt, ein entsprechend modifiziertes und erweitertes Unterstützungsportfolio anzubieten und umzusetzen wird sich erst nach Abschluss des Projekts in

der konkreten Nutzung der Angebote zeigen. Der Ansatz externer Unterstützung setzt auf Seiten der Bewohnergruppen einen funktionierenden Arbeitszusammenhang voraus und benötigt zudem die generelle Bereitschaft der Aktiven vor Ort, die eigene Situation zu reflektieren und strategisch und konzeptionell zu planen, sowie den Wunsch die eigene Arbeit zu verbessern bzw. Schwierigkeiten zu bearbeiten. Dies kann nicht immer als gegeben angesehen werden.

Während im zweiten Zwischenbericht noch der Eindruck formuliert wurde, dass das Projektziel, die Zielgruppe der Bewohnerinitiativen durch ein Interessenbekundungsverfahren und einen partizipativen Ansatz nicht nur für die Durchführung, sondern auch konzeptionell in die Gesamtentwicklung des Projekts und eines Unterstützungskonzepts einzubinden, schwer zu realisieren war, ergibt sich nach der zweiten Projektphase ein verändertes Bild. Insbesondere im Rahmen der landesweiten Workshops ist es gelungen, Bewohner/innen und auch Hauptamtliche in die Formulierung von Projektergebnissen einzubeziehen. Dies gilt sowohl in Bezug auf das entwickelte Unterstützungskonzept als auch insbesondere auf die Ausformulierung eines gemeinsamen Appells zur Schaffung engagementfördernder Rahmenbedingungen, der an Verantwortliche aus Politik und Verwaltung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene gerichtet ist.

Die LAG wird die aus dem Projekt AKZENT heraus entwickelten Gestaltungsprinzipien eines passgenauen Unterstützungsangebotes für Bewohnerinitiativen im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten in ihr weiteres reguläres Leistungsangebot aufnehmen. Das ausgehend von den Projektergebnissen entwickelte Angebotsportfolio umfasst:

- ein themen- und problemorientiertes Beratungsangebot,
- das Angebot eines strukturierten „neutralen Blicks von außen“ und eines moderierten Reflexions-, Planungs- und Coaching Prozesses,
- das Kennenlernen von Methoden und Handwerkszeug im Rahmen der Vermittlung fachlicher Bausteine vor Ort in den einzelnen Gruppen,
- das Angebot von vertiefenden Seminaren zur praktischen Anleitung und Aneignung von Kompetenzen sowie
- Angebote des Austauschs und themenbezogener Vernetzung.

Das Konzept greift bisherige Angebote der LAG auf und erweitert bzw. modifiziert diese durch

- das Format einer strukturierten Bestandsaufnahme in Form einer Gruppendiskussion mit freiwillig engagierten Bewohner/innen,
- die stärkere Ausrichtung insbesondere des Qualifizierungsangebotes auf die örtlichen Anliegen und die stärkere Umsetzung auf der Vor-Ort-Ebene,
- die Entwicklung fachlicher Bausteine zur Vor-Ort-Information und Vermittlung von Basiswissen zu ausgewählten Kompetenz- und Themenbereichen,
- die stärkere Ausrichtung von Vernetzungsangeboten an spezifischen Themen und die Vertretung gemeinsamer Anliegen,
- ein in stärkerem Maße an Bewohner/innen und Hauptamtliche getrennt ausgerichtetes Unterstützungsangebot und schließlich
- die direktere Kommunikation des LAG-Angebotes an die Bewohner/innen.

Die Darstellung und Bewerbung wird im Rahmen einer Broschüre, welche sich direkt an die Bewohner/innen richtet, erfolgen.

Im Bereich der allgemeinen Netzwerkarbeit und auch der Interessensvertretung für benachteiligte Stadtteile findet darüber hinaus als Folge der AKZENT-Aktivitäten eine stärkere Berücksichtigung und Thematisierung wohnungspolitischer Anliegen statt.

Es wurde schließlich deutlich, dass die Teilnahme an AKZENT für einige Bewohnerinitiativen auch über den Projektrahmen hinaus Wirkungen entfaltet hat: In den Gruppen vor Ort haben die Gruppendiskussionen über die Generierung gruppenübergreifender Erkenntnisse über die Bewohnerinitiativen hinaus Reflexionsprozesse über Zielstellungen, Selbstverständnis, Probleme und Erfolge sowie konkrete Strategien für die Zukunft angeregt. Die Einbindung in AKZENT-Aktivitäten (Teilnahme an Treffen, Organisation von Veranstaltungen) hat nach Rückmeldungen im Rahmen der landesweiten Workshops für einige Initiativen „neuen Schwung“ gebracht. In einem Stadtteil hat sich um AKZENT-Aktivitäten herum eine feste Gruppe Ehrenamtlicher gebildet, die zum Beispiel neue Wege der Sachmittelakquise gehen – wozu u.a. in der zweiten Gruppendiskussion konkrete Ansatzpunkte aufgezeigt wurden – und sich zudem gegenüber der Vermietergesellschaft für die Verbesserung von Außenanlagen einsetzen. In einem anderen Standort hat die Projektbeteiligung einen Beitrag zur Klärung von Zielen geleistet und Motivation der Gruppe gestärkt, sich z.B. an der Ausrichtung von Veranstaltungen zu beteiligen und die eigenen Aktivitäten dort auch zu präsentieren. In einem weiteren Fall hat die Gruppendiskussion eine struk-

turierte Auseinandersetzung über die verstärkte Nutzung des Projektträgervereins unterstützt, in dessen Folge sich auch mehr Stadtteilaktive für den Verein einsetzen.

2. Ergebnisse für Stadtentwicklungspolitik und Bewohnerengagement

Die im Projektantrag genannten primären Gegenstände/Ziele des Projekts waren die Klärung des Bedarfs an Qualifizierung, Weiterbildung und Erfahrungsaustausch für engagierte Ehrenamtliche und begleitende Professionelle sowie die Entwicklung geeigneter Qualifizierungsbausteine. Dies konnten nur vor dem Hintergrund genauer Kenntnis der Situation und der Herausforderungen von Bewohnerinitiativen sinnvoll umgesetzt werden, zu der die intensive Bestandsaufnahme beigetragen hat. Der im Antrag formulierte Fokus auf „Wissensvermittlung“ musste erweitert werden: Die Formulierung sinnvoller Unterstützungsansätze muss in deutlich stärkerem Maße

- auf die generellen Rahmenbedingungen und Ressourcen von Bewohnerinitiativen bzw. Bewohner/innen in benachteiligten Stadtteilen eingehen,
- die stadtentwicklungsbezogenen Rollen, Ansprüche und Funktionen von Hauptamtlichen und ehrenamtlichen Bewohnerinitiativen kritisch reflektieren
- und – neben den zu behandelnden Inhalten – schließlich stärker die generelle Funktion und Gestaltung von Unterstützungsangeboten in den Fokus nehmen.

Im ersten Teilabschnitt 2.1. werden zunächst die zentralen Erkenntnisse der Bestandsaufnahmen vorgestellt, die über die Situation, Rahmenbedingungen und Schwierigkeiten von Bewohnerinitiativen in den untersuchten benachteiligten Stadtteilen gewonnen werden konnten. Anschließend wird auf Gestaltungsprinzipien für Unterstützungsangebote für Ehrenamtliche und Professionelle eingegangen. Im Teilabschnitt 2.2. werden vor dem Hintergrund der im Projekt erprobten Ansätze Instrumente zur Unterstützung von Bewohnerinitiativen vorgestellt, die – wie es als Aufgabe im Antrag formuliert war – nach dem Förderzeitraum in das Regelangebot der LAG eingehen.

2.1 Zentrale Erkenntnisse der Bestandsaufnahme

Bewohnerengagement leidet unter einem Mangel an Mitstreiter/innen und an hohen Ansprüchen

Einzelne Gruppen äußerten sich unzufrieden, weil nicht alle Angebote in gewünschtem Maß bzw. nicht von den Gruppen genutzt werden, die sie gern ansprechen wollen. Die Unzufriedenheit entsteht oftmals vor dem Hintergrund des

formulierten Anspruchs, möglichst alle Bevölkerungsgruppen im Stadtteil zu erreichen. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass der Erfolg der Gruppen hinsichtlich der Zielgruppenerreichung von Externen, v.a. Professionellen, sehr viel höher eingeschätzt wird als von den Gruppen selber. In der Regel werden nach Auskunft der Gruppenmitglieder niedrigschwellige Angebote der Begegnung sowie Angebote für Kinder sehr gut genutzt, teilweise kann hier der Bedarf nur schwer gedeckt werden. Dahingegen werden inhaltlich „anspruchsvollere“ Angebote für Erwachsene teilweise weniger wahrgenommen bzw. nicht von den Gruppen, die angesprochen werden sollen und bei denen entsprechende Bedarfe vermutet werden.

Schließlich beklagen alle Initiativen einen Mangel an verbindlichen Mitstreiter/innen, um die vorhandenen Angebote weiter zu entwickeln bzw. das einmal erreichte Angebotsniveau zu halten. In einzelnen Gruppen wurde die Überforderung der Gruppenmitglieder thematisiert, eine Reduktion der Aktivitäten war für die Beteiligten meist keine Alternative um die Gruppenaktivitäten den vorhandenen Ressourcen anzupassen. Fast alle Gruppen wünschten sich zudem eine heterogenere Zusammensetzung, welche die Bevölkerungsstruktur repräsentiert. Von allen wurde die geringe Beteiligung Jüngerer als Problem wahrgenommen, da diese Altersgruppe die Mehrheit der Bevölkerung in den Stadtteilen bildet. In einem Teil der Gruppen waren nach Ansicht der Gruppenmitglieder zudem zu wenige Migrant/innen aktiv oder nur aus bestimmten Herkunftsländern oder zu wenig Stadtteilbewohner/innen insgesamt.

Folgender Grundwiderspruch ist auch in der Beteiligung an den Reflexionsprozessen im Rahmen von AKZENT zum Ausdruck gekommen: Viele Gruppen haben kaum Zeit und personelle Kapazitäten, sich neben der Aufrechterhaltung des Angebotes gründlich über Schwierigkeiten auszutauschen und Ideen zu entwickeln, wie man diese lösen könnte, z.B. neue Mitstreiter/innen zur Erweiterung der personellen Kapazitäten zu gewinnen. Denn dies erfordert zunächst selber den Einsatz von (wenig vorhandenen) Zeitressourcen. Die formulierten Anforderungen und Erwartungen an neue Mitstreiter/innen sind zudem teilweise anspruchsvoll und konfliktieren oftmals mit dem Wunsch, mehr Mitstreiter/innen aus der Bewohnerschaft zu gewinnen. Viele Bewohner/innen sind selbst unterstützungsbedürftig. Engagement erfordert jedoch neben Zeit auch Kompetenzen, die nicht einfach vorausgesetzt werden können – z.B. bei Angeboten für Kinder oder für Verwaltungsarbeiten in Vereinen. In benachteiligten Stadtteilen setzt der Mangel an Ressourcen auch dem zivilgesellschaftlichen Engagement

von Bewohner/inne/n enge Grenzen. Teilweise mangelt es in den Gruppen an einem bewussten Umgang mit diesen sozialräumlichen sowie den eigenen Grenzen der Zuständigkeit.

Wohnungsbesitzverhältnisse unterlaufen stadtteilbezogenes Engagement

In den meisten der von uns besuchten Stadtteile sind große Teile kommunaler (und anderer) Wohnungsbestände in die Hände von Kapitalanlagegesellschaften privatisiert worden. Hierdurch hat sich die Wohnungssituation in den Stadtteilen massiv verschlechtert. Viele Bewohner/innen leiden unter Schimmel an den Wänden und darunter, dass anstehende Reparaturen nicht erledigt werden. Viele dieser Vermietungsgesellschaften sind schwer oder gar nicht erreichbar und übernehmen keine Verantwortung für ihre Wohnungsbestände. Wenn es vor Ort überhaupt eingesetzte Verwalter oder Hausmeister gibt, so verweisen diese ihrerseits auf den Mangel an verfügbaren Mitteln, um Mängel zu beheben. Die engagierten Bewohner/innen fungieren – da sie in der Öffentlichkeit aktiv sind – oftmals als wichtige Ansprechpersonen für die anderen Mieter/innen und versuchen sich teilweise für eine Verbesserung der Situation einzusetzen. Angesichts der vor Ort nicht greifbaren Verantwortlichen fehlt ihnen jedoch ein Ansprechpartner, an denen sie sich wenden können. Mieterbelange können so kaum geltend gemacht werden. Bewohnerinitiativen beschreiben die oftmals fondsbasierten Wohnungsgesellschaften als fernes und mächtiges Gegenüber, dem es um kurzfristige Renditen für ihre Anleger geht, die aber die Entwicklung des Stadtteils nicht interessiert. Dies behindert zudem die Entwicklung der Gebiete, da die Wohnungswirtschaft als Akteurin ausfällt. Diese Problematik und das damit verbundene hohe Frustrationspotential für Bewohner/innen, die sich für die Belange in ihrer Nachbarschaft einsetzen wollen, zeigt, dass lokal begrenztes Engagement nicht ausreicht, um alle vor Ort auftretenden Probleme zu lösen. Erforderlich sind vielmehr strukturelle Veränderungen, auf die die Bewohnerinitiativen zumindest einzeln nur schwer Einfluss nehmen können. Im Rahmen der Bestandsaufnahme wurde deutlich, dass diese Problematik gravierende Auswirkungen auf Bewohnerengagement hat und Bemühungen um Bewohnerbeteiligung, Stadtteilverschönerung und Stadtteilbindung teilweise unterläuft. Aktivitäten zur Förderung von freiwilligem Engagement von Bewohner/innen in und für benachteiligte Stadtteile müssen sich auch dieser Herausforderung annehmen und Handlungsoptionen zur Wahrnehmung von Rechten im Bereich Wohnen ausloten und verbreiten helfen. Dabei ist insbe-

sondere auch die Rolle und die Verantwortung der vor Ort eingesetzten Hauptamtlichen in den Blick zu nehmen, die sich in einer Aufgabenambivalenz zwischen Positivimage und Mängelbenennung einerseits, zwischen Anforderungen verschiedener Akteursgruppen andererseits befinden und sich dieser Problematik oft nur zögerlich annehmen.

Freiwilliges Engagement in benachteiligten Stadtteilen braucht kontinuierliche professionelle Unterstützung

Viele Gruppen befürchten die Veränderung oder gar den Wegfall der bisherigen hauptamtlichen Unterstützung. Die meisten Gruppen wünschen sich auch nach dem Auslaufen der Programmförderung der Sozialen Stadt eine hauptamtliche Begleitung und Koordination und sehen sich nicht als diejenigen, die sich ausschließlich selbst organisieren. Auch die Durchführung der Gruppendiskussionen im Rahmen des Projekts hat aufgezeigt, dass Hauptamtliche für das Funktionieren der Gruppen eine zentrale Rolle einnehmen und die Gruppen oftmals zusammenhalten. Sie luden schriftlich ein und telefonierten kurzfristig mit den Teilnehmer/innen, um sie an den Termin zu erinnern. Terminabsprachen und die Herstellung von Verbindlichkeit sind daher offenbar eine wichtige Aufgabe der Hauptamtlichen.

Der Anspruch, wie er z.B. im Rahmen des Programms Soziale Stadt oftmals formuliert wird, durch einmal initiierte Beteiligungsstrukturen eine Verstetigung im Sinne eines selbstorganisierten und kontinuierlichen Engagements zu bewirken, ist angesichts der Ressourcenlage in den Stadtteilen meist unrealistisch. Denn engagierte Bewohner/innen sind oftmals familiär und/ oder durch Erwerbsarbeit stark eingebunden und insgesamt engagieren sich zu wenige verbindlich und übernehmen organisatorische und koordinierende Aufgaben. Die Gruppen sind daher dauerhaft auf Unterstützung angewiesen bzw. fordern diese auch ein, weil sie nicht bereit und/oder in der Lage sind, die Aufgaben professioneller sozialarbeiterischer Kräfte zu übernehmen. Der an sie gerichtete Anspruch der unentgeltlichen Verstetigung „Sozialer Stadt“- Aktivitäten wurde von manchen Bewohnerinitiativen im Rahmen der Gruppendiskussion explizit zurückgewiesen - mit Verweis auf begrenzte Ressourcen, den selbstbestimmten Eigensinn freiwilligen Engagements sowie die Ablehnung der Instrumentalisierung für Aufgaben, die als öffentliche Aufgaben wahrgenommen werden. Auch bei der Diskussion um den Appell der Bewohner/innen wurde dies von Seiten der Teilnehmer/innen als ihre zentrale Botschaft bewertet und die vorher ausgearbeitete Textvorlage im Sinne dieser Aussage deutlich verschärft.

Dieser Befund hat Konsequenzen für die im Rahmen des Programms Soziale Stadt angestrebte Verstetigung von programmintitiierten Aktivitäten bzw. aufgebauten Strukturen. Vor dem Hintergrund der AKZENT-Projekterfahrung möchten wir für eine realistische Überprüfung dieses Anspruchs eintreten bzw. diesen hinsichtlich der Tragkraft freiwilligen Engagements in Frage stellen. Es ist eine politische Entscheidung und eine Frage finanzieller Kompetenzverteilung auf und zwischen allen Ebenen staatlichen Handelns, ob die aufgebauten Programm-Strukturen und -aktivitäten zur Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation in benachteiligten Stadtteilen bzw. zur Abfederung gesellschaftlicher Verwerfungen und Desintegration aufrecht erhalten werden und dies auch als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen wird. Da sich private Stakeholder nicht im erforderlichen Umfang mobilisieren lassen, ist die einzige Alternative, den Verlust des aufgebauten sozialen Kapitals mit absehbar negativen Folgen für den sozialen Zusammenhang in benachteiligten Stadtteilen wissentlich in Kauf zu nehmen.

Freiwilliges Engagement ist sicherlich eine Ressource, diese benötigt jedoch insbesondere in Bereichen, die über die Interessenvertretung eigener Belange hinaus auch soziale Dienstleistungen für das Gemeinwesen umfassen, dauerhafte hauptamtliche Strukturen und kann diese keinesfalls ersetzen. Diese Erkenntnis entspricht auch der in den letzten zehn Jahren aufgebauten praxis- und forschungsbasierten Expertise zum Thema Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement allgemein und zur Sozialen Stadt insbesondere.²

Die Betonung der Aufrechterhaltung hauptamtlicher Strukturen vor dem Hintergrund der beschriebenen Rolle hauptamtlicher Unterstützer/innen zwischen teilweise widersprüchlichen Interessenlagen verschiedener Akteursgruppen ist durchaus ambivalent. Hauptamtliche müssen erheb-

liche Rollenkonflikte bewältigen – als städtische Angestellte, als Angestellte oder anderweitig Abhängige der Wohnungsgesellschaft stehen sie mitunter zwischen den Interessen der Stadt, der Vermietungsgesellschaft und der Bewohner/innen. Dies wird z.B. an Stellen deutlich, an denen Hauptamtliche angehalten sind, bestimmte Informationen über geplante Entwicklungen im Stadtteil nicht an Bewohner/innen weiterzugeben oder aber das inhaltliche Eintreten für bestimmte Belange mit den Interessen des Arbeitgebers kollidiert.

Die Aufgabe der Unterstützung freiwillig engagierter Bewohner/innen kann daher nicht allein bei Hauptamtlichen vor Ort liegen, sondern erfordert zudem externe bzw. übergeordnete Netzwerkstrukturen, wie sie z.B. in Hessen und in Niedersachsen mit den Landesarbeitsgemeinschaften Soziale Brennpunkte vorgehalten werden.

Stadtplanerisch motivierte Aktivierung von Bewohner/innen hat ihre Grenzen

Die bei manchen Gruppen auftretenden Schwierigkeiten bei der Durchführung des Projekts und der Wahrnehmung von Angeboten sind nach unseren bisherigen Auswertungen nicht primär der Umsetzung des AKZENT-Projekts geschuldet, sondern spiegeln grundlegende Schwierigkeiten von Bewohnerinitiativen in benachteiligten Stadtteilen wieder. Auch von Seiten der Hauptamtlichen wurde die Rückmeldung gegeben, dass zum Beispiel der Prozess des Zustandekommens eines Gruppentermins symptomatisch für die Gruppe sei. Ein zentraler Erklärungsansatz liegt darin, dass die beteiligten Gruppen im Unterschied zum zivilgesellschaftlichen Engagement z.B. im Rahmen einer Bürgerinitiative meist nicht selbst organisiert sind, sondern im Rahmen „Sozialer Stadt“ oder anderer Programme top-down initiiert wurden. Damit einher geht mitunter ein geringeres Maß an Selbstorganisation und Eigeninitiative.

Vereinzelte war ein geringes Maß an Selbstorganisation der Aktiven im Zusammenhang mit der Nutzung arbeitsmarktpolitischer Instrumente (Ein-Euro-Jobs) zur Umsetzung von Stadtteilangeboten zu finden. Mit den sogenannten Arbeitsgelegenheiten entstand ein Tätigkeitsbereich jenseits autonom gestalteten Bewohnerengagements, der in starkem Maße von der Vergabe- und Zuweisungspraxis der Job-Center abhängt und von den damit einhergehenden Anforderungen einer Maßnahmeumsetzung und -zuweisung bestimmt wird. In einigen Fällen können fließende Übergänge von der Maßnahmeteilnahme in ein dauerhaftes freiwilliges und in stärkerem Maße selbstbestimmtes Engagement und Interesse für den Stadtteil und seine Entwicklung beobachtet werden. Übergänge finden

² Siehe z.B. BBE (HG): *Dokumentation der Fachtagung Engagement und Erwerbsarbeit am 8. und 9.11.2007 in Berlin/ Zimmer, A. und Priller, E. (HG) 2004: Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel, Wiesbaden/ Jakob, G. 2010: Infrastrukturen und Anlaufstellen für Engagementförderung in Kommunen, in: Olk, T., Klein, A., Hartnuß, B. (HG): Engagementpolitik, Wiesbaden/ Kotlenga, S., Richter, K. & Ross, B. (2004): Bestandsaufnahme der Finanzierungsstrukturen und Beschäftigungssituation von Organisationen aus den Bereichen Soziales, Kultur, Umwelt und Sport, in: Beschäftigungsförderung Göttingen (HG): *Projekt instruments & effects. Göttingen: Eigendruck**

auch in die andere Richtung statt: Vor dem Hintergrund einer materiell prekären Lebenssituation im SGB-II-Transferbezug hat freiwilliges Engagement im Kontext oder am Rande von maßnahmefinanzierten Aktivitäten teilweise die Funktion, sich – wenn auch äußerst geringe - Einkommensmöglichkeiten durch eine erhoffte Maßnahmeteilnahme zu erschließen.³

Ein anderer Erklärungsansatz für das in manchen Gruppen zunächst geringe Eigeninteresse bei der Beteiligung an den Projektaktivitäten ist schließlich, dass – trotz des formalen Interessensbekundungsverfahrens – erst einmal kein eigener Wunsch nach einer externen Begleitung und Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit anstehenden Fragen zur eigenen Rolle im Stadtentwicklungsprozess besteht, z.B. weil nach der Teilnahme an verschiedenen Unterstützungsangeboten eine gewisse Übersättigung empfunden wird oder man sich davon keine wirksame Hilfe bei der Lösung anstehender Herausforderungen verspricht.

³ *Übergänge zwischen Engagement und bezahlter Arbeit in Verbindung mit Arbeitsmarktmaßnahmen sind keineswegs neu. Vor Umsetzung der „Hartzreformen“ haben viele Engagierte mit Hilfe von ABM ihre eigenen Erwerbsarbeitsmöglichkeiten geschaffen. Mit Hilfe solcher Maßnahmen konnten sich viele Organisationen im Bereich des sog. Dritten Sektors etablieren und die darin Tätigen professionalisieren. Der zentrale Unterschied zur Anwendung von Arbeitsgelegenheiten bestand jedoch darin, dass die Nutzung solcher Instrumente zumeist von bereits Engagierten ausging, die Maßnahmen in stärkerem Maße vom Engagementsektor angeeignet wurden. Zum anderen begründete eine Maßnahmeteilnahme ein sozialversichertes Arbeitsverhältnis, wohingegen Arbeitsgelegenheiten in der Ein-Euro-Job-Variante ein Sozialrechtsverhältnis darstellen, bei denen die Weisungsrechte bei der Sozialbehörde liegen. Es handelt sich bei der Ein-Euro-Job-Variante zudem nicht um ein Arbeitsentgelt, sondern lediglich um eine geringe Aufwandsentschädigung. Zudem besteht prinzipiell eine Verpflichtung zur Annahme solcher Maßnahmen. Vgl. zu diesem Thema: Kotlenga, S. (2008): *Freiwilligensektor und aktive Arbeitsmarktpolitik*. In: *Dokumentation der Tagung "Erwerbsarbeit und Engagement" am 8. und 9. November in Berlin*, herausgegeben vom Bund Bürgerschaftliches Engagement BBE, S. 133-138*

[http://bbe.de/uploads/media/dokumentation_engagement_erwerbsarbeit_2007.pdf]

Möglicherweise ist dies auch als Ausdruck eines geringen Interesses an einer strategisch-konzeptionellen Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle in der Stadtteilentwicklung zu deuten. Es deutet sich vielmehr an, dass die Bewohnergruppen von einigen Gruppenmitgliedern nicht primär aus einer funktionalen Perspektive von Stadtentwicklungsprozessen wahrgenommen werden, sondern v.a. als unmittelbar sozialer und helfender Zusammenhang. Bei der Ausarbeitung eines Unterstützungsangebotes ist daher zu berücksichtigen, dass die Interessenlagen von Bewohner/innen in Initiativen vor Ort nicht immer mit den von außen an sie herangetragenen (Stadtentwicklungs-) Interessen von Hauptamtlichen übereinstimmen müssen.

All dies stellt jedoch keineswegs den Ansatz der Bewohnerbeteiligung generell in Frage; vielmehr ist deutlich geworden, dass viele der in diesen Gruppen tätigen Menschen auf anderem Wege wahrscheinlich keinerlei Zugang zu Beteiligungsstrukturen hätten. Einige Engagierte – oftmals Frauen – erfahren über ein langjähriges Engagement im Rahmen von Programmaktivitäten eine Stärkung ihrer sozialen und familiären Position und eignen sich ihre Handlungs- und Gestaltungsräume im Stadtteil zunehmend eigenständig an. Dies benötigt allerdings viel Zeit und zudem „echte“ Partizipationsmöglichkeiten. Ein solcher Ansatz erfordert zum einen Entscheidungs-kompetenzen der Bewohner/innen sowie die Offenlegung stadtteilbezogener Informationen und lässt zum anderen den Gegenstand des Engagements sowie sein Ergebnis offen.

Gestaltungsprinzipien für Unterstützungsangebote engagierter Bewohner/innen in benachteiligten Stadtteilen

Die Rolle der Hauptamtlichen und die Erfahrungen mit der Projektumsetzung zeigen, dass Bewohnerengagement in benachteiligten Stadtteilen ein kontinuierliches Begleitangebot nicht nur durch die vor Ort tätigen Hauptamtlichen benötigt, sondern auch Unterstützungsmöglichkeiten von außen. Es ist jedoch deutlich geworden, dass die ursprüngliche Zielsetzung, passende Qualifizierungsbausteine zu entwickeln, stärker an die Situation der Initiativen angepasst werden musste. Die Gründe für die Benennung bestimmter Problemlagen einerseits und die geringe Teilnahmebereitschaft bei Angeboten, die die benannten Probleme aufgreifen, andererseits wurden ausgewertet. Offenbar lässt es die personelle und finanzielle Ressourcenausstattung der Gruppen nicht immer zu, entsprechende Angebote wahrzunehmen bzw. steht die erforderliche Investition von Zeit und Geld für die Gruppen in keinem angemessenen Verhältnis zum erwarteten Nutzen für die Verbesserung der

eigenen Arbeit bzw. für die Lösung von Problemen. Dies ist nicht nur eine methodische und inhaltliche Herausforderung für die Entwicklung von Angeboten, sondern auch eine der (sprachlichen) Vermittlung, die sich stärker auf das Problem beziehen sollten als auf die vermittelten Inhalte.

Schließlich wurde in der Auswertungsphase der Bestandsaufnahme verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die Informationsweitergabe über die Hauptamtlichen an die Ehrenamtlichen sowohl über die geplante Beteiligung an den Gruppendiskussionen als auch die angebotenen Qualifizierungsseminare nicht immer funktioniert habe. Daraus ist der Schluss zu ziehen, dass eine direkte Ansprache der Ehrenamtlichen als selbstbestimmte Akteur/innen für die Bewerbung von Angeboten sinnvoller ist. Hinzu kommt der von Hauptamtlichen formulierte Eindruck, dass manche Gruppen an der zeitaufwändigen Aneignung von methodischen oder inhaltlichen Kompetenzen zur Optimierung der eigenen Arbeitsweise teilweise nur wenig Interesse haben. Professionelle Herangehensweisen und Interessenslagen aus der übergeordneten Perspektive der Sozialen Stadtentwicklung stimmen nicht immer mit der Eigenlogik und Motivation freiwillig engagierter Bewohner/innen überein. Passgenaue Angebote müssen sich daher in stärkerem Maße an den Interessenslagen der Bewohner/innen orientieren und insbesondere sprachlich besser vermitteln können, ob und welchen Nutzen die Aneignung von Kompetenzen für das eigene Engagement hat. Unterstützungsstrukturen müssen zudem ihre Ansprüche an die Verselbstständigung und „Professionalisierung“ von Freiwilligenengagement grundlegend überdenken.

Aus den Erkenntnissen/Erfahrungen mit der Wahrnehmung von Qualifizierungsangeboten und der Beteiligung am AKZENT-Prozess lassen sich vor diesem Hintergrund jedoch bestimmte Maßgaben zur Gestaltung und Kommunikation von Unterstützungsangeboten ableiten:

Bei der Angebotsgestaltung müssen Bewohner/innen und Hauptamtliche stärker als eigene Zielgruppen berücksichtigt und angesprochen werden:

Es wurde deutlich, dass Bewohner/innen und Hauptamtliche verschiedene Perspektiven auf ihre Aktivitäten, aber auch verschiedene aneinander gerichtete Ansprüche haben. Diese sind teilweise mit unterschiedlichen Interessenschwerpunkten und Interessenslagen verbunden. Vor diesem Hintergrund muss ein Unterstützungskonzept für Stadtteilaktive sowohl gemeinsame, als auch getrennte Angebote vorhalten.

Angebote im Bereich Kompetenzaneignung sollten auf die Anliegen vor Ort eingehen:

Engagement verlangt neben der Vor-Ort-Expertise der Bewohner/innen eine Menge Know-How. Vieles eignen sich Bewohner/innen durch Ausprobieren an. Es kann für manche Initiativen darüber hinaus sinnvoll sein, sich gezielt Kompetenzen und Wissen anzueignen. Es wurde jedoch deutlich, dass „Pauschalangebote“ zum Erwerb von sinnvollen Kompetenzen offenbar nicht in dem Maße angenommen werden, wie es vor dem Hintergrund von Problemanmeldungen zu erwarten wäre. In vielen Bereichen ist zunächst eine zeitliche „Investition“ in die Entwicklung von Lösungskompetenzen erforderlich, deren direkter Nutzen und Problembezug für die Engagierten nicht unmittelbar sichtbar ist. Der potentielle langfristige Nutzen der Wahrnehmung von Angeboten muss daher stärker deutlich gemacht werden. Entsprechende Angebote zur Kompetenzaneignung sollten von vorhandenen Problemen und Veränderungsbedarfen abgeleitet werden und stärker vor Ort beworben und umgesetzt werden.

Coaching:

Zu dem Aspekt des stärkeren Vor-Ort-Bezugs gehört neben den allgemeinen Angeboten zur Wissensvermittlung und der Aneignung von Handwerkszeug ebenso, einen strukturierten Rahmen zur Reflexion der eigenen Situation und zur Entwicklung von Handlungsoptionen zu schaffen. Die im Rahmen des Projekts erprobten Gruppendiskussionen haben sich hier als sinnvolles Format im Sinne eines zeitlich begrenzten und thematisch offenen Coachings erwiesen. Es hat sich gezeigt, dass es für freiwillig engagierte Bewohnerinitiativen hilfreich ist, sich in strukturierter und angeleiteter Form über die eigenen Ziele, Aktivitäten, die eigene Rolle im Stadtteil, die vorhandenen Rahmenbedingungen und Bedarfe sowie die Zukunftsperspektiven auszutauschen. Denn der Alltag der Gruppen ist von den unmittelbar anstehenden Aufgaben geprägt und lässt wenig Raum und Zeit zur Reflexion. Als sinnvoll hat sich nicht nur eine externe Moderation, sondern auch der damit verbundene „neutrale Blick“ von außen, das Stellen „simpler“ Fragen zum Selbstverständnis sowie die strukturierte Form des Feedbacks erwiesen, ebenso die Rückmeldung von externen Akteuren aus dem Stadtteil.

Zielgruppenspezifische Unterstützungsangebote für Hauptamtliche:

Hauptamtliche nehmen in den Stadtteilen eine entscheidende Rolle sowohl für das Bewohnerengagement als auch für Stadtteilentwicklungsprozesse ein. Sie befinden sich oftmals in einer ambivalenten und von widersprüchlichen

Interessen geprägten Rolle zwischen Verwaltung, Politik, Bewohner/innen und Wohnungsunternehmen und sind mit verschiedenen Ansprüchen konfrontiert. Vor dem Hintergrund ihrer institutionellen Aufgabe sehen sie sich oftmals unter Druck, erfolgreich Bewohner/innen zu aktivieren und zu eigenständigem Engagement zu „befähigen“, gleichzeitig müssen sie ihre Arbeit mit Stadtteilaktivitäten legitimieren, die ohne sie nicht zustande kämen. Sie befinden sich in dem Dilemma, ein positives Image des Stadtteils nach außen zu vertreten und sind zugleich mit erheblichen Missständen konfrontiert, deren Beseitigung in der Regel nicht allein diplomatisch zu erreichen ist, sondern nur mit öffentlichkeitswirksamer Benennung und dem Aufbau entsprechenden politischen Drucks – letztlich auf die eigenen Auftraggeber.

Dies verdeutlicht, dass auch Hauptamtliche zielgruppenspezifische Angebote zur Reflexion und zum bewussten Umgang mit der eigenen oftmals widersprüchlichen Rolle zwischen Sozialanwaltschaft, Gemeinwesenarbeit, Konfliktvermeidung und Imageverbesserung benötigen. Darüber hinaus brauchen Hauptamtliche als zentrale Ansprechpartner für engagierte Bewohner/innen Fachwissen und Methodenkompetenz in vielen Bereichen der Stadtteilarbeit, die sie in der Regel nicht im Rahmen ihrer formalen Qualifikationen erworben haben.

2.2 Vorschlag für ein Unterstützungskonzept für Bewohnerinitiativen

Der folgende Vorschlag orientiert sich sowohl an den bisherigen Erfahrungen der LAG mit Stadtteilaktiven als auch an den oben im Rahmen des Projekts formulierten Maßgaben für eine passgenaue Unterstützungsarbeit. Die verschiedenen Instrumente sind miteinander kombinierbar und können bedarfsgerecht aufeinander aufbauen.

Die stärker problem- und situationsbezogene Beratung sowie die kontinuierliche Begleitung von freiwillig engagierten und hauptamtlichen Stadtteilaktiven werden als Regelaufgabe der LAG fortgeführt. So kann die LAG zu einem bestimmten Vorhaben oder zur Lösung eines definierten Problems hinzugezogen werden, z.B. im Rahmen einer Konfliktmoderation oder zur Unterstützung bei der Beantragung von Fördermitteln. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Projekts folgende Unterstützungsformate entwickelt bzw. bestehende weiterentwickelt:

Thematisch offene Gruppendiskussion und Feedback

Im Unterschied zum oben erwähnten Beratungsformat ist dieses Reflexions-, Feedback- und Coachingangebot zu-

nächst einmal nicht problem- und anlassbezogen, sondern thematisch und im Ergebnis offen. AKZENT hat hierfür eine mögliche Herangehensweise aufgezeigt. Es eignet sich v.a. für Gruppensituationen in denen die „Luft raus ist“, die generelle Zielsetzung verschwimmt oder die ursprüngliche Funktion verloren geht und nach neuen Handlungsmöglichkeiten gesucht wird. Vor dem Hintergrund der Projekterfahrungen und der Rückmeldungen im Zuge der landesweiten Workshops sind jedoch folgende Aspekte zu bedenken:

- Es sollte eine Vorbesprechung im Rahmen eines regulären Gruppentreffens geben und nach Klärung der Motivation eine verbindliche Teilnahmevereinbarung mit den Ehrenamtlichen sowie eine Entscheidung in Bezug auf die Teilnahme oder Nichtteilnahme der Hauptamtlichen getroffen werden. Das Angebot sollte vor Ort von den Mitarbeiter/innen der LAG direkt an die Bewohner/innen kommuniziert werden, um die Methodik und Zielsetzung konkret vermitteln zu können.
- Die Rückmeldungen haben gezeigt, dass weiterhin mindestens zwei Treffen sinnvoll sind, um eine Bestandsaufnahme und ein darauf aufbauendes strukturiertes Feedback mit anschließender Zukunftsplanung zu ermöglichen. Die beiden Termine sollten von vornherein festgelegt werden und nicht länger als zwei Monate auseinander liegen.
- Auch das Instrument der schriftlichen Befragung Externer zur Einholung von Rückmeldungen aus dem Stadtteil hat sich als sinnvoll erwiesen und sollte in das Angebot der Gruppendiskussion einbezogen werden. Das Grundmuster bzw. das Instrument einer solchen Befragung wurde in AKZENT entwickelt und kann auf die jeweilige Bewohnerinitiative zugeschnitten werden. Der Fragebogen sollte im Sinne der Neutralität und Anonymität und zur Erhöhung der Rückmeldebereitschaft weiterhin von einer externen Institution, wie z.B. der LAG, unter Angabe ihrer Rücksendeadresse versendet oder vor Ort verteilt werden.

Angebote zur Vernetzung und zum Voneinander-Lernen

Überregionale Austauschtreffen von Bewohnerinitiativen sollten neben dem gegenseitigen Kennenlernen verstärkt Möglichkeiten eines gezielten thematischen Erfahrungsaustauschs eröffnen. Darüber hinaus ist es sinnvoll, bedarfsbezogene Vernetzungstreffen zu Themen anzubieten, die bestimmte Initiativen in starkem Maße und aktuell betreffen, wie z.B. zur Problematik der Verschlechterung der Wohnsituation. Ziel einer solchen Vernetzung wäre zum einen der Erfahrungsaustausch und das gegenseitige Ler-

nen, zum anderen aber auch die Eröffnung von Möglichkeiten gemeinsamer Interessensvertretung. Die Erfahrungen im Rahmen des Abschlusstreffens mit der Diskussion und Verabschiedung eines gemeinsamen Appells haben gezeigt, dass hieran auf Seiten der Bewohner/innen, aber auch der Hauptamtlichen Interesse besteht.

Vermittlung von Wissen und Handwerkszeug

Fachliche Bausteine - Kurzmodule: Neben dem für Bildungsangebote häufig verwendeten Format der Tagesseminare wurden im Rahmen von AKZENT fachliche Bausteine zur Vermittlung von Basiswissen und grundlegenden Informationen zu bestimmten Kompetenzbereichen entwickelt. Entsprechend dem Vorhaben, qualifizierende und kompetenzvermittelnde Instrumente stärker vor Ort und bezogen auf die örtliche Situation umzusetzen, sollen entsprechende Module bei Vor-Ort-Besuchen regulärer Gruppensitzungen oder im Rahmen der Durchführung von Gruppendiskussionen verfügbar sein, um eine Einheit von ein bis eineinhalb Stunden durchführen zu können. Dieses Format soll einen stärkeren Vor-Ort-Einsatz, eine niedrigschwellige Vermittlung von Basiswissen sowie das Eröffnen weiterer Möglichkeiten der Bearbeitung eines Themas oder Anliegens – z.B. im Rahmen daran anschließender stärker anwendungsbezogener Seminare – ermöglichen.

Seminare: Da es bei den Kurzmodulen nur um eine Vermittlung grundlegender Informationen gehen kann, ist auch weiterhin das Angebot von Seminaren sinnvoll. Je konkreter und anleitender über allgemeine Information hinaus ein Anliegen bearbeitet werden soll, desto mehr Zeit wird dafür erforderlich sein.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen haben sich ausgehend von häufig vorgebrachten Anliegen in den Gruppen folgende Themen ergeben, zu denen erste kurze Beratungs- und Informationseinheiten bzw. fachliche Bausteine zur Themenbearbeitung bereits beispielhaft entwickelt wurden und im Weiteren entsprechend der Nachfrage fortlaufend entwickelt werden sollen. Wichtig ist dabei, in der Bewerbung der Angebote Probleme und Anliegen im Titel zu benennen, nicht die vermittelten Methoden selbst. Eine erste Abfrage im Rahmen der Abschlussveranstaltung hat eine Themenwahl in folgender Reihenfolge ergeben:

- Wie finden wir Neue? Wie viel Zeit können und wollen wir einsetzen, um Neue zu finden?
- Wie kommen wir an Geld - Von der Idee zum Projekt (Projektanträge)?
- Wie können wir unsere Rechte gegenüber dem Vermieter vertreten?

- Wie können wir uns ein Unterstützungsnetzwerk vor Ort aufbauen?
- Wie machen wir uns bekannt, wie vertreten wir unsere Interessen in der Öffentlichkeit?
- Wie planen wir ein Projekt und beantragen eine Förderung bei öffentlichen Stellen und Stiftungen?
- Alle sind anders – wie können wir mit Unterschieden besser umgehen?
- Muss es immer ein Verein sein? Brauchen wir einen Verein und was muss man gegebenenfalls beachten?
- Mir wird alles zu viel - mit eigenen Ressourcen haushalten!
- Wie können wir Konflikte bewältigen?
- Wie können wir uns gegenseitig unterstützen?

2.3 Beitrag zur Stadtentwicklungs- und Engagementpolitik und Übertragbarkeit

Das Besondere am Projekt AKZENT ist die Verknüpfung der Forschung mit der Praxis von Bewohnerinitiativen vor Ort. Das Projekt verband eine systematische Bestandsaufnahme über die Belange von Bewohnerinitiativen mittels partizipativ angelegter Erhebungsinstrumente mit der Entwicklung von Unterstützungsinstrumenten. Der Ertrag des Projekts ist daher auf verschiedenen Ebenen zu sehen: Einerseits profitieren alle interessierten Akteur/innen der Stadtteilentwicklung von der empirischen Fundierung bisher nur vermuteter Zusammenhänge, die die Situation von Bewohnerorganisationen in benachteiligten Stadtteilen betreffen. Andererseits waren die Gruppendiskussionen so angelegt, dass sie für die Gruppen keine bloße Befragung ohne direkten Output für ihre eigene Arbeit sind, sondern Reflexionsprozesse über Zielstellungen, Selbstverständnis, Probleme, Erfolge und konkrete Strategien für die Zukunft angeregt haben.

Bewohnerbeteiligung und Bewohneraktivierung sind klassische Aufgabenfelder der Gemeinwesenarbeit, welche durch Förderprogramme wie die „Soziale Stadt“ neue Impulse bekommen haben und – zumindest programmatisch – zum „Mainstream“ der Aktivitäten in vielen Kommunen geworden sind. Das Projekt leistet zum einen Beitrag zur realistischen Einschätzung der Bedeutung sowie der Möglichkeiten und Grenzen von Bewohnerengagement im Rahmen sozialer Stadtentwicklung. Zum anderen wurden Instrumente entwickelt oder angepasst, um die Rolle von Bewohnerinitiativen und damit die Partizipation von Bewohner/innen zu stärken – nicht im Sinne politischer Instrumentalisierung freiwilligen Engagements zur Abfeder-

rung wohlfahrtsstaatlicher Abbauprozesse, sondern im Sinne von Empowerment und Selbstbestimmung.

Aktivierung und Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sind ein explizites Handlungsfeld des Programms "Soziale Stadt". Das Projekt AKZENT unterstreicht, wie notwendig und wertvoll hierfür die kontinuierliche Begleitung von Bewohner/innen durch Hauptamtliche in benachteiligten Stadtteilen ist. Diese Begleitung sollte i.d.R. auch über die Laufzeit von befristeten Förderprogrammen, wie der Sozialen Stadt, hinaus abgesichert werden. Der Einsatz hauptamtlicher Fachkräfte und die Fortführung und Weiterentwicklung entsprechender Programme, die die soziale Stadtentwicklung fördern, sind wichtige Faktoren zur Sicherung von bürgerschaftlichem Engagement marginalisierter Bevölkerungsgruppen in benachteiligten Quartieren. Dabei kommt den zivilgesellschaftlichen Akteuren, die bereits in den Gebieten vertreten sind, als Unterstützer/innen eine besondere Bedeutung zu.

Das Projekt deckt eine große Vielfalt an Bewohnerinitiativen hinsichtlich Entstehungsbedingungen, formeller oder informeller Verfasstheit, der Zusammensetzung nach Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund sowie einer unterschiedlich starken Verankerung in der Bewohnerschaft des jeweiligen Stadtteils ab. Eine Übertragung der Erkenntnisse auf andere Bewohnerinitiativen ist daher möglich. Die beschriebenen Herausforderungen der Initiativen in benachteiligten Stadtteilen sind zudem überwiegend nicht lokal-spezifisch sondern strukturell bedingt: sowohl hinsichtlich der beschriebenen Problemlagen in den Stadtteilen (besonders von Armut/ Hartz IV betroffene Bevölkerungsgruppen, Wohnungsprivatisierung und Verschlechterung der Wohnungssituation) als auch hinsichtlich des Mangels an lokalen Möglichkeiten und Ressourcen, ist eine grundlegende Verbesserung der Situation herbeizuführen. Die beschriebenen Herausforderungen werden vielfach auch in der wissenschaftlichen Literatur zum Thema Zivilgesellschaft und Engagement beschrieben.⁴ Auch die darauf basierenden Konsequenzen für eine sinnvolle Gestaltung

von Unterstützungsangeboten sind daher übertragbar auf andere Gruppen und Orte.

⁴ Vgl. Klatt, J. und Walter, F. (HG) 2011: *Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement*, Bielefeld/ Ulrike Schuhmacher 2005: *Kombinationen von bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit: zur Rolle freiwilliger Tätigkeiten in der Krise der Arbeitsgesellschaft*, in: S.Kotlenga/ B. Nägele/ N.Pagels/ B.Ross (HG): *Arbeit(en) im Dritten Sektor, Thalheim/ auch Schwalb, L. /Walk, H. (Hg.) 2007: Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe?*, Wiesbaden.

Anhang

Anhang 1 AKZENT Interessenbekundung

Anhang 2 AKZENT Projektphasen Übersicht 2009

Anhang 3 AKZENT Struktur Projekte

Dokumente zu örtlichen AKZENT-Veranstaltungen:

Anhang 4 Anschreiben zur Einladung an Gruppen: Beispiel

Anhang 5 Anschreiben zur zweiten Gruppendiskussion

Anhang 6 Beispiel-Moderationsraster für erste Gruppendiskussion

Anhang 7 Beispielfragebogen Teilnehmer/innen

Anhang 8 Beispielfragebogen Externe

Dokumente zu überörtlichen AKZENT-Veranstaltungen:

Anhang 9 Übersicht Meilensteine/ Arbeitsschritte: aktualisierte Liste

Anhang 10 Dokumentation Starterveranstaltung, Hann. Münden 26.03.2009

Anhang 10a Bildmaterial _214_ Hann. Münden, 26.03.2009 (siehe www.akzent-setzen.de/fotos)

Anhang 11 Dokumentation Zwischenbilanz in Wolfsburg, 27.05.2010

Anhang 11a Bildmaterial _214_ Zwischenbilanz Wolfsburg 27.5.2010 (siehe www.akzent-setzen.de/fotos)

Anhang 12 Abschlussveranstaltung, Delmenhorst, 17.5.2011, Niedersächsischer Appell

Anhang 12a Bildmaterial_214_Abschlussveranstaltung, Delmenhorst; 17.05.2011 (siehe www.akzent-setzen.de/fotos)

Anhang 13 Präsentation Zwischenbericht Nürnberg Bundeskongress, 27.9.2010

Anhang 13a AKZENT_Poster_Erfahrungsaustausch_1_Nürnberg

Anhang 13b AKZENT_Poster_Erfahrungsaustausch_2_Nürnberg

Anhang 14 Ergebnispräsentation Unterstützer/innen-treffen 15.3.2011

Anhang 15 Protokoll Austauschtreffen Fondsgesellschaften 24.02.2011

Die Anhänge, die nicht dem Bericht beigelegt sind finden Sie unter www.akzent-setzen.de/ergebnisse.html .



PRAXISNETZWERK
FÜR SOZIALE
STADTENTWICKLUNG

LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V.

Stiftstr. 15

30159 Hannover

Tel.: (05 11) 701 07 09

Fax: (05 11) 161 25 03

www.lag-nds.de

geschaeftsstelle@lag-nds.de



Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V.

Theaterstr. 8

37073 Göttingen

Tel: (05 51) 508 45-0

Fax: (05 51) 508 45-21

www.prospektive-entwicklungen.de

zoom@prospektive-entwicklungen.de

AKZENT

Akzente setzen - Zukunft entwickeln 

Das Projekt AKZENT wurde als Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) gefördert. Mit den Pilotprojekten sollen innovative und beispielhafte Handlungs- und Lösungsansätze für die Stadt der Zukunft unterstützt und bekannt gemacht werden.